

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Müller, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspalte ober deren Raum 40 A.
Veranlagungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zugzug ist fern zu halten von:
- Altschlern** nach Siegnitz (C. Kente), Zena (Bernbi & Naumann), Haderborn (St. M. Mosberg), Plankeneise (W. Gehler), Seppoldshöhe bei Elpe (Grote), Samberg (Möbelfabrik Müller), Schwedt (C. Schulz), Landsberg (C. Moritz), Stippstadt (Wiese und Goig), Leipzig (Schub & Co.);
- Altschlern, Drechsler und Polsterer** nach Gulum (Abbn & Co.);
- Altschlern und Drechsler** nach Bruchsal (Ph. Jung);
- Drechsler** nach Ringersheim i. Elb. (Stoßfabrik), Peine (A. Schröder);
- Berlmutter-Knopsdrechsler** nach Berga (Rob. Meier jr.);
- Stellmachern** nach Schiffbek bei Hamburg (Schlegel);
- Bürstenmachern** nach Bippfpringe i. W. (Ruthe & Zahrand);
- Korbmachern** nach München (Schilb, Baaderstr. 37), Neuzelle (W. Göste);
- Uhrgehäusearbeitern** nach Schmölin (Trommler);
- Celluloidarbeitern** nach Leipzig (Fabrik J. Mendelssohn).

Der Parteitag in Lübeck.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, ausführlich über die dort gepflogenen Verhandlungen zu berichten, sondern wir müssen uns auf die Mittheilung der gefaßten Beschlüsse beschränken.

Die Tagesordnung war so reichhaltig und so heftig, daß an zwei Abenden und einem Morgen Ueberstunden nöthig waren, um sie zu erledigen. Wenngleich wir mit dem Resultat der Verhandlungen durchaus zufrieden sind, so gefiel uns der Ton und insbesondere die Art, wie sich die Akademiker gegenseitig herunterpuzten, nicht im Mindesten. Schlichte Arbeiter, die von der Wiege auf seit 20 und mehr Jahren in der Partei thätig waren, die in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes jeder Gefahr trotzen, die jederzeit bereit waren, jedes Opfer zu bringen, berührte es schmerzlich, daß das akademische Element den ganzen Parteitag beherrschte, daß Leute sich breit machten, die, obgleich sie nicht mehr so jung sind, doch früher Niemand gesehen noch gekannt hat. Wir schätzen gewiß die Theoretiker in unserer Partei, aber wir wünschen deshalb nicht minder sehnlich, daß durch deren Einfluß den in der Kleinarbeit thätigen Genossen die Lust an der weiteren Mitarbeit nicht vergällt werde. Diese sind es, welche das Evangelium des Sozialismus unter den Massen des städtischen und ländlichen Proletariats verkünden, ihnen ist der größte Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung zu danken, nicht aber jenen Leuten, die durch Wortklaubereien und Haarspaltereien Verwirrung anrichten, den bürgerlichen Sozialpolitikern in die Hände arbeiten und den eigentlichen Arbeiteragitatoren das Leben sauer machen. Wir zählen nicht zu denen, welche auf das Marx'sche Dogma schwören und deshalb eine Kritik desselben nicht wünschen. Wir sind im Gegentheil der Anschauung, daß, wenn die wirtschaftlichen und die politischen Verhältnisse eine Aenderung unseres auf dem Marx'schen Manifest aufgebauten Parteiprogramms nothwendig machen, dann kann, ja dann muß eine solche vorgenommen werden. Aber deshalb brauchen die Kritiker sich doch nicht gegenseitig die Freundschaft zu kündigen und Invektiven gegeneinander los zu lassen, wie das in Lübeck bei der „Bernsteindebatte“ geschah. Wir haben aus diesen Debatten die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn Bernstein auf dem Parteitag in Hannover hätte persönlich anwesend sein können, Lübeck eine Bernsteindebatte nicht mehr gehabt hätte. Genosse Bernstein hat auf uns einen besseren Eindruck gemacht, als viele seiner Anhänger und Freunde, die ihn vertheidigten. Der

versöhnliche Ton, den er in seine Vertheidigungsrede legte, das Zugeständniß, daß er gefehlt hatte und das Versprechen: in Zukunft Schulter an Schulter mit den Parteigenossen zu kämpfen, stach wohlthuend ab von dem Ton seiner Ankläger. Nach einer sehr langen Debatte fand folgende Resolution Annahme:

„Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Nothwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an. Über die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Nichtstimmung eines großen Theils der Parteigenossen erregt.“

In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntniß nicht verschließt und darnach handelt, geht der Parteitag über die Anträge Nr. 52, 51, 53 und 54 zur Tagesordnung über.“

Wir hätten einer schärfer gefaßten Resolution nicht zugestimmt, denn wir meinen, daß man wegen eines Revisionsartikels und eines Referats Bernstein's in einer Studentenversammlung nicht gleich aus dem Häuschen zu kommen braucht. Die sozialdemokratische Partei ist nach unserer Beobachtung so stark, daß sie solche kleinen Brausepulver schon vertragen kann, ohne in's Wanken zu gerathen.

Daß Bernstein ehrlich bestrebt war, der sozialdemokratischen Bewegung zu dienen und daß er weit davon entfernt ist, ein bürgerlicher Schwärmer zu werden, das geht aus seiner Antwort zu der obigen Resolution hervor. Er sagte:

„Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stüttagerteil Parteitag erklärt habe, kann ein Votum des Kongresses mich selbstverständlich in meiner Ueberzeugung nicht irren machen. Es ist mir aber auch zugleich das Votum der Mehrheit meiner Genossen niemals gleichgültig. Meine Ueberzeugung ist, daß diese Resolution mir objektiv Unrecht thut, auf falschen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das ausgeführt habe. Aber nachdem Genosse Weibel erklärt hat, daß mit dieser Resolution kein Mißtrauensvotum verbunden sein soll, erkläre ich fernerehin, daß ich dem Votum der Majorität des Parteitages diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongreßbeschlusse gebührt.“ (Stürmischer Beifall.)

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Hamburger Maurer-Streikbrecherangelegenheit. Schon am Vorabend des Parteitages kam es zu erregten Auseinandersetzungen darüber, ob die Angelegenheit als selbstständiger Punkt der Tagesordnung gelten, oder im Rahmen des Vorstandsberichts Erledigung finden sollte. Das Letztere wurde beschloffen. Bömelburg wurde als Referent, Auer als Korreferent bestimmt.

In sachlichster Weise entledigte sich der Referent seiner Aufgabe. Treffend und scharf wies er nach, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts eine unhaltbare sei und auf falscher Beurtheilung der Thatfachen beruhe. Er wolle nicht verkennen, daß die Schiedsrichter nach bestem Wissen und Gewissen Recht gesprochen hätten; das könne ihn aber nicht hindern, zu sagen, daß sie die Begleitumstände, die Folgen des Disziplinbruchs im Kampfe mit dem Unternehmertum und die Nachteile, welche der Maurerbewegung aus dem fluchwürdigen Verhalten der Affordmurer entstanden, nicht genügend gewürdigt hätten. Diese Leute hätten sich einer Handlung schuldig gemacht, die eben so sehr gegen die gewerkschaftlichen Interessen als gegen die der Partei verstoße. Irrig sei es, wenn gesagt worden sei, man beabsichtige einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft zu konstruieren. Nicht so sachlich in seinen Ausführungen wie Genosse Bömelburg war Genosse Auer. Er hat ohne Noth und ohne jeden Anlaß Personen angegriffen, denen Jeder, der sie kennt, nachsagen muß, daß sie ebenso energische Befechter des sozialdemokratischen Programms als Freunde und Förderer der Gewerkschaftsbewegung sind, und

daß gerade diesen niemals in den Sinn gekommen ist, eine Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft herbeizuführen. Genosse Auer ließ sich auch nach dieser Richtung hin von falschen Voraussetzungen leiten, erreichte aber nach unserer Auffassung damit, daß die Mehrheit des Parteitages von der eigentlichen Sache abgelenkt wurde. Ganz besonders erzielte er diese Wirkung in seinem Schlußwort, in dem er des Dangen und Breiten sich über die Organisationsformen (Reflex'scher und anderer Richtungen) äußerte, die mit dem Schiedspruch, den er vertheidigte, in gar keinem oder doch nur losem Zusammenhang standen. Wenn zu den Ausführungen Auer's noch die Zwischenbemerkungen eines Delegirten sich gesellen, die geeignet waren, die beste Sache in Mißkredit zu bringen, dann war es kein Wunder, wenn der Parteitag diese letzte Resolution ablehnte, welche die Aufhebung des Schiedspruchs forderte und sich nur zur Annahme folgender Resolution verziehen konnte:

„Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten Massenbewegung deutschen Arbeiterchaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurtheilung des Streikbruchs.“

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rückblicklich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteioorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Affordmurer unterstützen können, und namentlich inwiefern sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteioorganisationen für möglich halten.“

Was die Hamburger Parteigenossen mit der Resolution anfangen werden, steht noch dahin. So viel ist ziemlich sicher, daß die Affordmurer den Frieden nicht wollen und auch ihr fluchwürdiges Gebahren gegen die Berufskollegen im Verbanne nicht aufgeben werden, trotzdem die schärfste Verurtheilung desselben auf dem Parteitage ausgesprochen wurde, und nicht ein Einziger sich fand, der die Disziplinbrecher vertheidigte.

Niel besser als die vorstehende Resolution gefällt uns die Bernstein'sche, welche mit 110 gegen 107 Stimmen angenommen wurde. Sie lautet:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektirung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündel zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorerwähnte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren.“

Nach dieser Resolution ist thatsächlich der Schiedspruch (wenn auch nicht formell) aufgehoben. Die Handlung der Affordmurer ist eine solche, wie sie im Rahmen dieser Resolution gekennzeichnet ist, und giebt daher hinreichend Gelegenheit den Ausschluß aus den

örtlichen Organisationen zu beantragen, falls nicht vorher ein Weg zur Einigung gefunden wird. Daß diese Resolution bei den Freunden des Schiedspruches hieße verknüpft hat, hörten wir aus dem Vorwurfe der dem Genossen Bernstein gemacht wurde. Man möge sich aber beruhigen, die Gewerkschaften haben selbst das größte Interesse, ihre Mitglieder zusammenzuhalten, und sie werden nur im alleräußersten Falle von dem ihnen zugestandenem Rechte Gebrauch machen. Wir persönlich wünschen, daß der Hamburger Streit auf gutlichem Wege geregelt wird und die Partei nicht mehr beschäftigten braucht.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Stellungnahme zu dem Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Landtagen. Ganz besonders handelte es sich um die in Baden, welche dem Budget zugestimmt und damit der Regierung gewissermaßen ein Vertrauensvotum ausgestellt hatten. Durch die Annahme folgender Resolution ist für die Zukunft den Abgeordneten eine Richtschnur gegeben:

„In der Erwägung, daß die Einzelstaaten, ebenso wie das Reich, den Charakter des Klassenstaats tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normaler Weise ablehnen.“

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

Hierauf folgte ein wirkungsvolles Referat Bebel's über Zolltarif und Handelsverträge, dessen Schluß darin gipfelte, daß Jeder seine vollste Pflicht und Schuldigkeit thun müsse, damit das ungeheuerliche Attentat der Agrarier auf die Taschen des arbeitenden Volkes zurückgewiesen werde. Eine im Sinne des Referats vorgeschlagene Resolution fand einstimmig und ohne Debatte Annahme.

Die Maifester soll so wie in früheren Jahren begangen werden. Ein Antrag, daß die Gewerkschaften verpflichtet werden, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, wurde abgelehnt, da Angesichts der Krisis ein dahin gehender Druck auf die Gewerkschaftsvorstände nicht ausgeübt werden könne, da doch sie und nicht die Partei die Konsequenzen auf sich nehmen müßten.

Die Wohnungsfrage beschäftigte zum ersten Mal den Parteitag. Die Zeit war leider zu kurz, um dem sachlichen Referat Dr. Südekum's eine Diskussion folgen zu lassen. Die hierzu angenommene und die oben benannten Resolutionen bringen wir an anderer Stelle dieser Nummer.

Damit waren die wichtigsten Punkte erledigt. Die Feinde der Arbeiterbewegung befrüchtigt der Verlauf der Debatte nicht; sie haben geglaubt, daß die längst ersehnte Zersplitterung jetzt endlich eintreten werde, aber vergeblich. Der Parteitag besprach die strittigen Fragen mit der gewohnten Sicherheit und Schärfe und kam nach theilweise recht erregter Aussprache doch zu dem Resultat, daß nichts die Einheit der Partei stören könne und dürfe im Kampfe gegen die Reaktion, im Kampfe gegen die Brotvertheurer und im Kampfe für Freiheit und Recht des unterdrückten arbeitenden Volkes.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Preußen im Jahre 1900.

Über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse finden sich in den preussischen Gewerkschaftsberichten nur wenig Angaben. Mitunter ist derselbe nur in wenigen Zeilen Erwähnung gethan, während dann die Monatsberichte dazwischen diverger Betriebe um so größere Beachtung zu Theil wird. Seit Jahren rügt die Gewerkschaftspresse diesen Mangel der Berichte, ohne daß eine nennenswerthe Aenderung zum Besseren sich bemerkbar gemacht hätte. Die Aufsichtsbehörden lassen sich hierbei wohl von dem Gefühl leiten, daß die Lage der Arbeiterklasse in Preußen nicht die beste ist, weshalb sich schon im Interesse der von der Regierung zu betreuenden Unternehmer ein näheres Eingehen auf dieselbe nicht empfiehlt. Oder betrachten die Aufsichtsbehörden diese Frage als eine so unwichtige, daß sie mit diesen Gründen ihr Verhalten deuten wollen? Es wäre daran zu erinnern, daß die süddeutsche Berichtserstattung nicht zuletzt deshalb von allen christlichen Sozialpolitikern, nicht nur von organisierten Arbeitern, der preussischen immer als Vorbild hingestellt wird, weil sie auch in dieser Frage sich viel besser unterrichtet zeigt und viel eingehender berichtet.

Wenn Angaben vorliegen, hatte die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse schon vor dem Niedergang der

Geschäfte zu leiden. Im Potsdamer Bezirk erhielten sich die Löhne auf der Höhe des Vorjahres, dürften aber bei noch weiterem Rückgange des gewerblichen Lebens heruntergehen. „Eine Steigerung der Lebensmittelpreise hat stattgefunden, indessen ist diese hinter den Lohnsteigerungen zurückgeblieben, so daß die Lebenshaltung der Arbeiter im diesseitigen Bezirk, abgesehen von den Berliner Vororten, wo hohe Wohnungsmietken die Löhne belasten, eine unverkennbare Besserung erfahren hat.“ In Ostpreußen sind die Löhne in drei Aufsichtsbezirken, zum Theil durch Arbeiterausstände veranlaßt, im Ganzen etwas in die Höhe gegangen, auch in Westpreußen wird fast von allen Seiten über Steigen des Lohnes berichtet, demgegenüber berichtet der Beamte von Frankfurt a. d. O., daß sich die Arbeitslöhne in ihren Einheitsätzen gegen das Vorjahr wenig verändert haben, nur in einzelnen Möbelfabriken trat eine Erhöhung der Löhne um 10 pSt., in einer sogar um 15 pSt. ein. „Wenn aber auch die Einheitsätze dieselben geblieben sind, so ist doch der gesammte Verdienst der Arbeiter im Berichtsjahr ein wesentlich geringerer gewesen als in dem Vorjahr.“ So betrug die Einbuße, die die Arbeiter infolge Einschränkung der Produktion in der Maschinenindustrie erlitten, 15 bis 20 pSt. des Verdienstes des Vorjahres. Auch in der Tuchindustrie desselben Bezirks wurde infolge der Verschlechterung der Geschäftskonjunktur in den Monaten Oktober und November 25 bis 30 pSt. weniger Gesamtlohn ausbezahlt als in derselben Zeit des Vorjahres. „Die Lebenshaltung wurde dadurch sehr ungünstig beeinflusst, und die gleichzeitige Vertheuerung der Lebensmittel und des Brennmaterials machte sich doppelt fühlbar.“ In Pommern haben die Löhne in einzelnen Industriezweigen eine Steigerung von 10 bis 15 pSt. erfahren, demgegenüber steht allerdings die bedeutende Erhöhung der Preise für alle Lebensmittel und für Brennmaterial.“ Im Bezirk Biegnitz drückten neben den hohen Kohlenpreisen die Konkurrenz der ausländischen Arbeitskräfte sehr nachtheilig auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung. „Die Ausländer sind bedürfnisloser als die einheimischen Arbeiter und daher für geringeren Lohn zu haben als diese. Dieser Umstand ist entscheidend, obgleich die Minderwertigkeit der Arbeitsleistung dieser Fremden erkannt wird und daher mit abgemessen werden sollte.“ Im Bezirk Opperl hielt die allmähliche Steigerung der Löhne, wie sie in den letzten Jahren beobachtet wurde, auch noch während des größten Theils des Berichtsjahres an; beim Beginn des Winters trat jedoch ein zunächst noch geringes Sinken der Löhne ein, hauptsächlich wegen der Absatzstörungen in der Eisenindustrie. Auch in den Zementfabriken wurden an Stelle der Affordlöhne Schichtlöhne eingeführt und diese um 20 pSt. pro Schicht herabgesetzt. „Da der bisherige größere Verdienst leider (11) von vielen Arbeitern nicht zum Sparen (1) benutzt wurde, wird wohl eine größere Unzufriedenheit unter den Arbeitern Platz greifen, wenn die Lage der Industrie, wie es zur Zeit den Anschein hat, sich in den nächsten Jahren wesentlich ungünstiger gestalten sollte.“ Im Merseburger Bezirk trat anfänglich eine — in einzelnen Industriezweigen namentlich für jugendliche und weibliche Arbeiter sehr bedeutende — Steigerung, gegen Ende des Jahres aber ein Stillstand und an manchen Orten ein Rückschritt der Löhne ein. In den größeren Ziegelleien des südlichen Theiles des Bezirkes betrug die Steigerung der Löhne für weibliche jugendliche Arbeiter 10 pSt., in einer großen Seifenfabrik 16 bis 50 pSt., bezw. 25 pSt., in einer Papierfabrik erhielten die Arbeiterinnen um 50 pSt. höhere Löhne und bis zu 18 pSt. höhere Affordlöhne, während für die jugendlichen Arbeiter die Tagelöhne um 60 bis 120 pSt. und die Affordlöhne um 16 bis 25 pSt. erhöht werden mußten. Wie hoch mögen da die früheren Löhne gewesen sein, wenn solche Erhöhungen überhaupt möglich waren. Aus dem Bezirk Erfurt wird gemeldet, daß sich immer mehr und stärker die Tendenz geltend mache, die Löhne herabzudrücken, „eine Erscheinung, die jeder Rückgang der wirtschaftlichen Thätigkeit zur Folge hat.“ In zwei größeren Maschinenfabriken traten die Arbeiter vergeblich in den Ausstand ein, um Lohnkürzungen von 5 bis 10 pSt. abzuwenden. „Für die Zukunft werden weitere Lohnverminderungen in den verschiedenen Industriezweigen erwartet. . . . Es ist recht zu beklagen, daß der Beginn des Rückganges der Löhne in eine Zeit fällt, in der unentbehrliche Bedarfsartikel, wie z. B. Kohlen, theurer geworden sind, und die Mietken der Wohnungen höher und höher werden.“ Im Bezirk Schleswig sind die Löhne in einigen Anlagen erhöht, in einem der Industriezweige jedoch theilweise herabgesetzt worden. Unter den hohen Brennmaterialpreisen hatte die Arbeiterbevölkerung stark zu leiden. Im Bezirk Hannover ein Mangel gleich den früheren: „Die Erwerbsverhältnisse haben sich im Allgemeinen gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich vermindert. In einzelnen Industrie-

zweigen, wie Maschinenfabriken, Glashütten, Druckereien, sind Lohnsteigerungen eingetreten; es darf jedoch nicht verkannt werden, daß demgegenüber manche Erfordernisse des Haushalts, wie Kohlen und Mietken, theurer geworden sind, und daß in der letzten Hälfte des Jahres durch das Abflauen der Geschäfte die Affordarbeiten nachließen.“ In Harburg und Lüneburg haben nur in einigen Betrieben Lohnsteigerungen bis zu 15 pSt. stattgefunden. Im Regierungsbezirk Minden hielten sich die Löhne im Allgemeinen auf der Höhe des Vorjahres, gingen gegen Mitte des Berichtsjahres aber zurück, namentlich in der Zement-, Ziegel- und Fahrradindustrie. Im Bezirk Arnberg haben sie sich in der ersten Hälfte des Berichtsjahres auf ihrer günstigen Höhe erhalten und sind in einzelnen Industriezweigen bis dahin noch um ein Geringes gestiegen. „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung war demnach bis zu diesem Zeitpunkt gut; nachdem jedoch die Verhältnisse der Grob- und Stahlindustrie und der davon abhängigen Gewerbebranche sich plötzlich verschlechterten, ist auch die Lage der beteiligten Arbeiter mißlich geworden.“ Vielen Arbeitern erwuchsen empfindliche Lohnausfälle, in einzelnen Fällen hat die Verkürzung der Löhne 15 bis 17 pSt. betragen. Im Bezirk Rassel, wo die Löhne im ersten Halbjahr ein wenig gestiegen sind, haben die theueren Lebensmittelpreise, die hohen Wohnungsmietken und Kohlenpreise aber den Mehrerwerb des größten Theils der Arbeiter aufgebraucht. Im Koblenzer Bezirk waren die Löhne zu Anfang des Jahres noch im Steigen begriffen und „durchgängig außerordentlich hoch“, haben aber später einen Stillstand und theilweise eine rückläufige Bewegung erfahren. In M.-Glabbach ist der Durchschnittsverdienst der Textilarbeiter nach den Angaben der Textilberufsgenossenschaft in den letzten drei Jahren von 1897 bis 1899 von M. 680,46 auf 695,46 und 730,66 gestiegen, in der Eisenindustrie des Bezirkes Düsseldorf sind die Löhne so zurückgegangen, daß die Mindereinnahmen für viele Arbeiter bis zu einem Sechstel des Jahresverdienstes geschätzt wird. „Was auf eine schon recht merkbare Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage schließen läßt.“ Aus dem Bezirk Aachen wird berichtet: „Eine Herabsetzung der Löhne, die in der ersten Hälfte des Jahres noch eine steigende Richtung zeigten, hat nur vereinzelt stattgefunden.“ Und im Bezirk Sigmaringen sind die Löhne um eine Kleinigkeit gestiegen.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß.

II.

«K» Nach zwei Richtungen hin hat die moderne kapitalistische Produktionsweise den Arbeiter geschädigt: sie hat ihn wirtschaftlich enteignet und rechtlich unfrei gemacht. Besitzlosigkeit und Rechtlosigkeit ist die Signatur des modernen Proletariats. Eine Minderzahl von Menschen, die bestehende Klasse, hat ihre zahlreichen Volksgenossen theils durch Gewalt, theils durch List, theils auf gesetzlichem Wege ihres früheren Eigenthums beraubt. Das einstmalige bestehende gemeinsame Verwendungsrecht an Grund und Boden verschwand, nicht minder auch bemächtigte sich der Kapitalismus der Produktionsmittel, die früher Privateigenthum Desjenigen waren, der sie benutzte. Die Trennung des Arbeiters von Grund und Boden und Produktionsmitteln machte ihn zu einem vertriebenen Proletarier. Letzterer war allerdings frei, aber frei im doppelten Sinne; er hatte das freie Verfügungsrecht über seine Arbeitskraft und war darum dem Kapitalisten gleichberechtigt, er war aber auch frei, d. h. ledig und los von allen Existenzmitteln und mußte darum zum Sklaven des Unternehmers werden. Die theoretische Gleichberechtigung wurde durch die wirtschaftliche Unfreiheit in eine faktische Abhängigkeit verwandelt. Hierauf beruht im Grunde das moderne Elend: der Proletarier ist arm und muß sich verkaufen, deshalb nützte ihm alle theoretische Freiheit und Gleichheit nichts; er muß sein Erstgeburtsrecht, seine Menschlichkeit um ein Rinsengericht, um den nackten Lebensunterhalt verkaufen.

Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar und muß mit Naturnothwendigkeit zu einer Katastrophe führen, falls es nicht gelingt, durch vernünftige Reformen Eigenthum und Freiheit für die Masse des Volkes wieder herzustellen. Die aufgestärkte und noch immer mehr aufzulaurende Arbeiterklasse will die Expropriateure expropriieren und dadurch wieder Besitz und Freiheit erringen. Glücklicher Weise scheint die Kulturmenschenheit, wenn auch nur langsam und tastend, einen Zustand anzubahnen, der dem langwierigen Unrecht ein Ende macht. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, befinden wir uns bereits in einer Uebergangsperiode von altem Unrecht zu neuem Recht, von Besitzlosigkeit und Elend zu Wohlstand und Glück. Hier liegt der Kernpunkt der Frage nach einer vernünftigen Ausgestaltung der Zukunft. Es ist nämlich nicht

möglich, den ursprünglichen, auf das Privateigentum an Produktionsmitteln gegründeten Zustand einfach in die Gegenwart resp. Zukunft zu verpflanzen; es ist nicht angängig, jeden Menschen wieder zum Eigentümer der von ihm gebrauchten Produktionsmittel und der von ihm erzeugten Waaren zu machen, da dies mit dem Großbetrieb unvereinbar ist: es muß vielmehr eine höhere, neue Eigentumsform gefunden werden, insofern die betreffende Produktionsgruppe oder im weiteren Sinne die Gesellschaft Eigentümerin der Produktionsmittel und Produkte wird und jedem Menschen seine Existenz sichert. Die Gruppe oder die Gesellschaft tritt also in das Eigentumsrecht der einzelnen Besitzlosen ein und vertritt deren Stelle.

Ebenso verhält es sich mit der Wiederherstellung der persönlichen Freiheit. Auch hier geht es nicht an, jedem einzelnen Gliede eines Arbeitsbetriebes die volle schrankenlose Freiheit zu gewähren, da sich dies mit den Interessen des Produktionsmechanismus nicht vereinbaren läßt, wohl aber kann und muß an Stelle der individuellen Freiheit die organische Freiheit treten. Die Organisation, als Vertreterin und Beschützerin des Einzelnen, ist die Trägerin der Freiheit, sie gewährleistet jedem Mitgliede nicht nur das größtmögliche Maß von materiellem Wohlergehen, sondern auch von persönlicher Freiheit, sie stellt, mit einem Worte gesagt, das richtige Verhältnis zwischen dem Freiheitsbedürfnis des Menschen und seinen sozialen Pflichten her. Die Organisation, dieses angebliche Grab der Freiheit, macht erst ihre Mitglieder zu freien Männern.

Auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens steht das Vertretungssystem in höchster Blüte: die Vertreter der verschiedenen Gruppen machen ihre Wünsche geltend und tragen ihre Beschwerden vor. Dieses Repräsentativsystem muß auch in das Gebiet des Arbeitsprozesses eingeführt werden. Da es aus verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich ist, daß ein jeder einzelne Arbeiter eines Betriebes sich in die Leitung desselben hineinmischet, so muß der jeweiligen Organisation, als der berechtigten Interessenvertretung der Arbeiter, dieses Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Ebenso wenig wie ein vernünftiger Mensch verlangt, daß die Regierung eines Landes verpflichtet sei, sich mit jedem beliebigen Bürger, der sich beschwert fühlt, in weitläufige Auseinandersetzungen einzulassen, ebenso wenig verlangt ein denkender Arbeiter, daß in einem kooperativen Betriebe jedes Mitglied für seine Person Einfluß auf den Gang des Betriebes habe. Gerade so wie die Bürger eines Staates die Vertretung ihrer Interessen in die Hand der von ihnen gewählten Abgeordneten legen und diesen das Weitere überlassen, gerade so suchen und finden die Arbeiter eines Betriebes oder einer Branche in der von ihnen gewählten Kommission oder Organisation ihre berechnigte Interessenvertretung. Hierin erblicken wir also das konstitutionelle Betriebssystem. Wenn somit eine gewerbliche Organisation resp. deren Vorstand als das Parlament der betreffenden Arbeiter bezeichnet werden muß, so ist es die grundlegende Forderung des modernen Arbeiters, daß man ihm die volle, wahre Koalitionsfreiheit gewährt und daß man andererseits die von ihm geschaffene Organisation als berechnigte Interessenvertretung allseitig und rückhaltlos anerkennt.

Die Arbeiterorganisationen resp. die zu bestimmten Zwecken gewählten Kommissionen bilden gewissermaßen das Parlament, während der Unternehmer resp. dessen Stellvertreter als Regierung — auf Lebenszeit oder auf Zeit — fungiert. Auf diese Weise werden die beiderseitigen Ansprüche auf das Mitbestimmungsrecht gewahrt, nicht minder auch wird der Betrieb vor Störungen und inneren Zwistigkeiten geschützt, die anderenfalls nicht ausbleiben würden. Ausdrücklich wollen wir noch, um Mißdeutungen zu begegnen, hinzufügen, daß die Betriebsleitung stets und besonders auch in streitigen Fällen die ausführende Behörde ist und bleiben soll.

Das Unternehmertum erhebt gegen diesen Betriebsparlamentarismus den Vorwurf, daß die Arbeiter bei und durch Vertretung ihrer Interessen die Interessen des Betriebes resp. des Unternehmers nicht berücksichtigen und letzteren allmählich entthronen würden. Das Unternehmertum wittert hinter jeden praktischen Tätigkeit einer Arbeiterorganisation das Bestreben, den Kapitalisten vom Thron zu stürzen zu wollen. Diese Furcht ist im vorliegenden Falle durchaus unbegründet. Die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter verstehen wohl eine Grenze zu ziehen zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen; sie sind in Hinsicht auf den Arbeitsprozeß viel bescheidener als die Unternehmer, sie verlangen ja garnicht wie jene die Alleinherrschaft im Betriebe, die Diktatur der Gewerkschaften, sie begnügen sich lediglich damit, ein Mitbestimmungsrecht zu fordern. Und dieses Recht sollte man ihnen füglich nicht vorenthalten.

Der Entwurf des Unternehmertums, daß die Arbeiter eines Betriebes unfähig seien zur Beurteilung eines Produktionsprozesses, da es ihnen an dem nötigen Einblick in die Technik des Betriebes mangle, beruht auf derselben Ueberhebung wie die Behauptung des früheren Autokraten,

daß „der Böbel“ in die Regierungs- und Verwaltungssachen seine Nase nicht hineinstecken dürfe, „intemal und alldieweil er nichts davon verstehe.“ Die Erfahrung hat das Gegenteil bewiesen: heute schickt „der Böbel“ seine Vertreter in die Parlamente, Verwaltungskörper, Gerichte usw., wo sie ihren Platz ebenso gut ausfüllen wie die Blaublütigen und Kapitalproben. Ebenso wird es auch in den Fabrikparlamenten sein. Der Arbeiter von heute ist nicht mal so rückständig wie sein Vorfahre vor 100 Jahren, er hat einen Einblick gewonnen in die Technik seines Betriebes und außerdem hat sich auch sein geistiger allgemeiner Horizont ganz beträchtlich erweitert. Diese Behauptung wird von maßgebender Seite unterstützt. So behauptet z. B. der bekannte badische Fabrikinspektor Dr. Wörrishofer in seinem Jahresbericht: „Die Intelligenz der Leitung reicht allein nicht dazu aus, Fortschritte in die Industrie einzuführen. Dasselbe Geschick würde in weniger kultivierten Ländern oder in früheren Zeiten mit einem weniger aufgeweckten Arbeiterstand die Benutzung einer fortgeschrittenen Technik garnicht ermöglicht und nicht entfernt den gleichen Erfolg gehabt haben, weil die notwendigen, aber so wenig beachtete Voraussetzung dieser Fortschritte die ist, daß ihrer Durchführung auch intelligente Organe bis zum letzten Arbeiter herab zur Verfügung stehen. Man wende nicht ein, daß die vervollkommnete Maschine die Intelligenz der unteren Organe ersetzt. Das ist nur in sehr beschränkter Weise richtig, denn die Ansprüche an die Zuverlässigkeit der Leistungen und an das richtige Urtheil in der Leitung des Arbeitsprozesses durch die Maschine sind größer geworden.“ Und Professor von Schulze-Gävernig urtheilt auf Grund seiner in England gesammelten Erfahrungen: „Ähnlich wie das englische Vollblutpferd mit Verstand und Liebe geleitet sein will und der rohen Behandlung eines unerfahrenen Stallknechtes den Gehorsam versagt, wie jener hochentwickelte Typus der Fabrikarbeit selbst verständnisvolles Eingehen auf seine Eigentümlichkeiten verlangt, so betragen auch die immer künstlicheren Maschinen eine unwillige und verständnislose Behandlung nicht. Selbst Wunderwerke des menschlichen Geistes liefern dort das beste Erzeugniß, wo der an ihnen beschäftigte Arbeiter selbst zur Höhe geistiger Arbeit aufsteigt.“ Ueberall werden heutzutage hohe Anforderungen an die Intelligenz der Arbeiter gestellt, überall wird eine höhere technische und moralische Qualifikation von ihnen gefordert. Da geht es denn wirklich nicht mehr an, den Arbeiter nach wie vor als eine Null im Arbeitsprozeß zu betrachten und ihm die Fähigkeit, das Mitbestimmungsrecht in einem Betriebe auszuüben, einfach abzusprechen.

Viel wichtiger und schwieriger zu beantworten ist die Frage: „Wie weit und auf welche Angelegenheiten soll sich das Mitbestimmungsrecht erstrecken? Wo liegt die Grenzlinie zwischen dem alleinigen Verfügungsrecht des Unternehmers und dem Mitbestimmungsrecht seiner Arbeiter?“

Diese Frage ist um so wichtiger, da wir natürlich ein wirkliches Mitbestimmungsrecht fordern und nicht geneigt sind, uns mit scheinbaren Zugeständnissen abzugeben zu lassen; für einen Scheinkonstitutionalismus, wie wir ihn in manchen Staaten beobachten, danken wir und ziehen da ein offenes autokratisches Regiment vor; das Unternehmertum darf nicht glauben, es könne den Betriebskonstitutionalismus wohl theoretisch anerkennen, aber in der Praxis thun, was es wolle. Deshalb muß ein bestimmtes, ehrlich gemeintes Abkommen zwischen den beiden Faktoren getroffen werden, worin die betreffenden Punkte festzulegen sind. Diese Punkte sind vorzugsweise: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Art der Lohnzahlung, der Intensitätsgrad der Arbeit, die gesundheitlichen Einrichtungen und Schutzmaßnahmen, die Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten und die Handhabung der Disziplin, die Entlassung und Einstellung von Arbeitern, die Arbeitsvermittlung und die Beurteilung der Arbeitsleistung in streitigen Fällen, etwaige Wohlfahrts- und Wohlthätigkeitseinrichtungen, das Unterstützungswesen usw. Natürlich wird es hin und wieder zu Reibungen kommen zwischen den beiden Faktoren, zumal die Sache noch neu ist, und so werden Kompetenzkonflikte ausbrechen, wie sie ja auch in modernen Staaten nicht selten zwischen Fürst resp. Regierung und Parlament vorkommen. Dies darf aber nicht als Grund gegen den Betriebskonstitutionalismus in's Feld geführt werden. Alle menschlichen Einrichtungen sind unvollkommen und haben Mängel, sie sind eben verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. So kann auch das konstitutionelle Betriebssystem auf Vollkommenheit keinen Anspruch machen, immerhin aber bedeutet es einen mächtigen Fortschritt gegenüber dem heutigen einseitigen Zustande absoluter Rechtslosigkeit.

Zunächst dürfte es aber genügen, die Frage des Betriebskonstitutionalismus zu propagieren und das Unternehmertum durch starke Organisationen zu zwingen, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß theoretisch anzuerkennen; der Zukunft muß es dann überlassen bleiben, auf Grund praktischer Erfahrungen und Versuche, die Befugnisse des Unternehmers seinen Arbeitern gegenüber und umgekehrt abzugrenzen und festzustellen. Es muß in dieser Beziehung etwas

gethan werden, denn die heute zu Recht bestehende Alleinherrschaft des Kapitals läßt sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten, da sie weder der modernen Rechtsauffassung von der freien Persönlichkeit des Einzelmenschen, noch der Menschenwürde des Arbeiters, noch dem gesteigerten Bildungsstande des modernen Proletariats entspricht. Die bisherige Rechtslosigkeit des Arbeiters als Glied des Produktionsprozesses muß und wird verschwinden, sie muß ersetzt werden durch ein neues Recht, das in dem Arbeiter nicht ein Theilstück einer Maschine oder ein Rad im Betriebsautomaten erblickt, sondern seiner Würde als Mensch und Vollenbürger gerecht wird. Die Arbeiterklasse aber darf nicht ruhen und rasten, bis sie ihre Forderung: „Wirkliche, volle Gleichberechtigung zwischen Unternehmer und Arbeiter!“ endlich durchgesetzt hat.

Der Streik bei der Firma F. A. Schüh in Leipzig.

Als die Solzarbeiter Leipzigs im April d. J., wie alljährlich, Stellung zur Matfeier nahmen, um Geerschau zu halten, welche Werkstätten den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten, waren es die Kollegen der Firma Schüh, welche beschloffen, am 1. Mai zu arbeiten; ein Theil der Leipziger Kollegen erklärte damals, daß dies ein großer Fehler sei, indem sich die Kollegen der größeren Möbelfabriken durch den Streik von 1898 die Arbeitsruhe am 1. Mai mit Errungen hätten und es die Aufgabe der Kollegen sei, sich diese Errungenschaft für die Zukunft zu erhalten, damit die Unternehmer nicht wähen möchten, daß man seitens der Tischler obige Errungenschaften nicht mehr aufrecht erhalten wollte oder könnte und später den Versuch machen, an dem 1898 und 1899 Errungenen zu rütteln oder gar illusorisch zu machen.

Die Inhaber der Firma Schüh, die Herren Rasper & Hertwig, haben denn auch die „Standhaftigkeit“ der Kollegen am 1. Mai sich zu Ruhe gemacht und verschiedene Verschlechterungen im Arbeitsverhältnisse nicht nur versucht, sondern auch durchgeführt.

Zunächst suchte man sich Werkführer zu engagiren, welche für die Firma durch „bid und dünn“ gingen und keine Gewissensbisse bekommen, wenn sie die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter verschlechtern helfen, wenn nur für sie Vortheile herauspringen. So wurden die Akkordpreise einer „Revision“ unterzogen und Preise festgesetzt, die wohl einen größeren Reingehalt für die Firma, aber ein Defizit bei den Löhnen der Arbeiter brachten; unter solchen Verhältnissen war es auch selbst dem besten und geschicktesten Tischler oftmals nicht möglich, seinen vereinbarten Stundenlohn zu verdienen.

Um nun aber die Erbitterung unter den Arbeitern nicht allgemein zum Durchbruch kommen zu lassen, hat man nach Fertigstellung des Akkords nach Interpellation der Arbeiter den vereinbarten Stundenlohn ausbezahlt unter der Bedingung, bei der nächsten Arbeit „etwas mehr Fleiß und Umsicht“ zu bethätigen. Nachdem man nun mit einem derartigen System zwei Monate lang (bis August) gearbeitet, wurden die Herren schon etwas dreister und rühten bei dem nächsten Defizit mit der Drohung heraus: „Na, wenn Sie noch weiter arbeiten wollen, können wir Ihnen nicht mehr 45 % sondern nur 40 % pro Stunde auszahlen, bis Sie das Defizit beglichen haben.“ Ging nun ein Arbeiter auf derartige Zumuthung nicht ein, so bekam er seinen vereinbarten Stundenlohn ausbezahlt, wurde aber bei Fertigstellung der Arbeit entlassen und dies ist in mehreren Fällen passiert. So erging es einem Kollegen nach zehnjähriger Thätigkeit in obiger Fabrik; derselbe verlangte als Abschlagszahlung seinen vollen Wochenlohn, damit sich nach Fertigstellung des Akkords kein Defizit im Lohnverhältnis einstellen könnte. Dies wurde ihm seitens der Firma abgelehnt und das Arbeitsverhältnis gelöst. Indem nun die Firma Schüh die im Jahre 1899 von den Tischlern Leipzigs aufgestellten Forderungen durch Unterschrift bewilligt, welche lauten:

1. 54stündige wöchentliche Arbeitszeit.
2. a) 40 % Minimalstundenlohn für Tischler; für diejenigen, welche bisher 37 %, und mehr haben, 10 pSt. Zuschlag.
- b) für Maschinenarbeiter zu den jetzigen Löhnen 10 pSt. Zuschlag und 36 % Mindestlohn.
3. Anerkennung des 1898er Tarifes für Hautschlerarbeiten.
4. Der vereinbarte Stundenlohn ist bei Lohn- und Akkordarbeit voll auszuzahlen und zwar Freitag.
5. Abrechnung nach Fertigstellung des Akkords und Auszahlung am nächsten Zahlungstag.
6. 33 1/2 pSt. Zuschlag für die ersten beiden Ueberstunden, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pSt. bei Lohn- und Akkordarbeit.
7. Einführung von Lohnbüchern.
8. Entschädigung für unverschuldet veräumte Arbeitszeit.
9. Einführung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises.

müßte man ein Mittel ersinnen, um einer eventuellen gerichtlichen Entscheidung vorzubeugen, man fertigte ein Schriftstück aus, welches man den Arbeitern, welche bei der Firma Schüh in Arbeit traten, zur Unterschrift vorlegte, laut dieser Unterschrift sollten die Arbeiter auf den Minimallohn von 40 % beim ersten Akkord verzichten, ebenso auf Sicherung des Lohnes. Man glaubte dadurch einen Theil neuer Arbeiter unter derartigen Bedingungen zu erhalten, um die Jahre lang thätigen Arbeiter zu zwingen, auch ihrerseits auf die durchgeführten Forderungen von 1899 zu verzichten.

Diese Handlungsweise war nun der Gegenstand der Diskussion in verschiedenen Werkstattversammlungen. In einer am 18. September stattgefundenen Werkstattversammlung wurde eine Kommission aus der Mitte der Kollegen der Firma Schüh gewählt, welche über die gegenwärtigen Zustände mit den Geschäftsinhabern in Verhandlung treten und das Resultat in einer späteren Werkstattversammlung bekanntgeben sollte. Die Verhandlung ist resultatlos verlaufen, der Herr Rasper hat erklärt, daß er sich keine Vorschriften machen läßt, er müßte sich auch schüben, und dergl. mehr.

Die Sektionsleitung der Bau- und Möbelschüler in Gemeinschaft mit der Lokalverwaltung beschloß nun in einer Sitzung, nach Entgegennahme des Berichtes von der Fabrikkommission, Montag, den 30. September, mit der Firma Schütz nochmals zu verhandeln, und zwar je ein Vertreter von der Lokalverwaltung und der Sektionsleitung, sowie die Kommission der Firma Schütz.

Auf eine höfliche Anmeldung durch einen Brief an die Geschäftsinhaber erhielten wir folgendes Schreiben:

Leipzig, 28. September 1901.

An die Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes!
Ich bestätige Ihr geehrtes Schreiben von gestern, bedauere aber, mich in Unterhandlungen über Angelegenheiten meines Betriebes mit Ihnen nicht einlassen zu können. Die Werkstattkommission meiner Fabrik, welche mit mir über einige Differenzpunkte verhandelt hat, ist über den Standpunkt, den ich in der Angelegenheit einnehme, ganz genau unterrichtet, und habe ich in der Sache weiter nichts hinzuzufügen.

Achtungsvoll F. A. Schütz.

Es war uns nunmehr das letzte Mittel der gütlichen Beilegung der Differenz genommen und war es nun Sache der nächsten Versammlung, über die weiteren Maßnahmen zu beschließen. So fand denn am 2. Oktober eine weitere Werkstattversammlung statt. In derselben wurde nach eingehender Diskussion folgende Resolution mit 70 gegen 7 Stimmen in geheimer Abstimmung angenommen:

„Die heutige von 80 Personen besuchte Fabrikversammlung der Firma Schütz erklärt nach Anhörung des Berichtes der Kommission, welche mit der Firma Schütz verhandelt hat, daß ein Durchbruch der im Jahre 1899 bewilligten Forderungen der Tischler Leipzigs seitens der Firma Schütz vorliegt, und beauftragt die Kommission der Fabrik, am Freitag Vormittag die Herren Kasper & Herwig zu interpellieren, ob sie die Anerkennung der 1899 bewilligten Forderungen und Aufrechterhaltung der Fabrikordnung zu sichern; sollte diese Interpellation verneinend ausfallen, verpflichten sich die Anwesenden, Sonnabend früh die Arbeit ruhen zu lassen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis sämtliche Forderungen anerkannt sind.“

Die Kommission hat nun am Freitag Vormittag verhandelt, und erklärte Herr Kasper, daß er auf seinem Standpunkt stehen bleibe.

Da nun die Kommission eine Regelung der Differenz insoweit nicht erreichen konnte, so legten am Freitag sämtliche Tischler, Maschinenarbeiter, Beizer und Polierer geschlossen in der Zahl von 110 die Arbeit nieder; stehengeblieben sind nur 2 Tischler und 3 Beizer und Polierer.

Die Kollegen Deutschlands werden nun erjucht, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie dafür sorgen, daß der Zug nach Leipzig fern gehalten wird.

Fr. Meisch.

Rundschau.

Die angenommenen Resolutionen auf dem Parteitag in Lübeck, soweit solche nicht im Artikel „Zum Parteitag“ bekannt gegeben sind:

Zum Zolltarifentwurf.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Lübeck erklärt:

Der vorliegende Zolltarifentwurf übertreift nach jeder Richtung die schlimmsten Befürchtungen, die nach seiner Vorgeschichte und den Antezedenzen seiner Väter gehegt werden konnte.

Durch diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz wird, die Lebensinteressen der ungeheuren Volksmehrheit aufs Äußerste verletzt, wogegen durch denselben die Klasseninteressen des Agrarierthums und der mit diesem verbündeten Großbourgeoisie in der maßlosesten Weise begünstigt werden.

Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerhörtesten Brot- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Aushungierung der arbeitenden Klasse und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industriefeudalismus; er bedingt ferner mit Nothwendigkeit die Verfeinerung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirtschaftliche und politische Isolierung.

Der Entwurf ist mit einem Wort das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man einer zivilisierten Nation zumuthen kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestirt mit dem größten Nachdruck gegen diesen vom brutalsten Agrar- und Großunternehmer-Interesse diktierten Tarifentwurf; er richtet an die gesamte deutsche Arbeiterklasse ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts die Aufforderung, sich immer wieder durch Resolutionen in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag in der unabweislichsten und schärfsten Weise gegen diesen Entwurf auszusprechen.

Zusbesondere sollten auch die der Arbeiterklasse angehörigen Wähler den von ihnen in den Reichstag Geschickten keinen Zweifel darüber lassen, daß ein Abgeordneter, der diesem oder einem ähnlichen Zolltarifentwurf seine Zustimmung giebt, ein Verräther am arbeitenden Volke und unwürdig ist, sein Amt zu bekleiden.

Zur Kaiserfeier.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1899, Brüssel 1901, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als Weibefest der Arbeit, getrieben von Klassenforderungen des Proletariats und dem Willen, die Partei die allgemeine Arbeitstunde. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben der anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitstunde am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitstunde vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Als Mittel zur Beilegung der Wohnungsnoth wird gefordert:

I. Von den Gewerkschaften

a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Wohnstätten.

- b) Erbauung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicherstellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;
- c) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittelung der Wohnungsvermittlung;
- d) Verbesserung der Bauordnungen und rechtzeitige Ausdehnung derselben auf die noch unbebauten Grundstücke;
- e) Reform des kommunalen Steuerwesens;
- f) Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigener Regie.

2. Von den Einzelstaaten:

- a) Erlass der bestehenden Kommunal-Wahlssysteme durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, ausgedehnt auf alle mündigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts;
- b) Völlige Selbstverwaltung der Gemeinden;
- c) Erweiterung des Enteignungsrechts der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens zu ihren Gunsten (vergl. Sa.);
- d) Reform der Eisenbahntariffpolitik.

3. Vom Reiche:

- a) Erlass eines Reichswohnungs-gesetzes (enthaltend u. A. Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion, Kreditwesen, Enteignungsrecht);
- b) Errichtung eines Reichswohnungsamts (Ueberwachung und Erforschung des gesammten Wohnungs-wesens, Zentralbehörde für Wohnungsinspektion und Wohnungsstatistik);
- c) Reform des Mietrechts, des Mietprozesses, der Zwangsvollstreckung.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat sich auf seiner am 2. Oktober in Berlin stattgefundenen Delegirtenversammlung gegen den Doppeltarif auf Getreide ausgesprochen, weil dieser den Abschluß von Handelsverträgen gefährde. Die Herren Industriellen nahmen einstimmig eine Resolution an, die die Nothwendigkeit des Abschlusses langfristiger Handelsverträge betont, die Erhöhung der Getreidezölle gutheißt, billigt, daß unter die Minimal-Getreidezölle des Zolltarifgesetzes nicht heruntergegangen werde und — sich gleichzeitig gegen eine gesetzliche Feststellung von Getreideminimalzöllen erklärt, aber — der Doppeltarif wurde abgelehnt.

Das erregt natürlich den Aerger der agrarischen Brotwucherer, die „auf's Ganze“ gehen, und mit der Erklärung der Industriellen sich um den Haupterfolg betrogen sehen. Die „Kreuztg.“ droht deshalb den Industriellen mit der Proklamirung der Zollfreiheit, wenn sie mit ihnen nicht zusammenhalten wollen; sie schreibt:

„Herr Bued wird sich bald im Parlament überzeugen, daß die Freunde der Landwirtschaft gegen jede Erhöhung irgend eines Industriezollens und also gegen den ganzen Tarifentwurf stimmen werden, wenn ihnen der Minimalzoll für Getreide nicht zugestanden wird. Nicht um die Industrie zu schädigen, sondern um die Landwirtschaft zu retten, würden wir und die meisten unserer Freunde auch für vollenständigen Zollfreiheit eintreten, wenn die Industriellen nicht hebingungslos den im herrschenden Zollsystem nöthigen Zollschutz für die Landwirtschaft bewilligen. Herr Bued wird aufhören zu lachen, wenn die Entscheidung kommt!“

Furchtbare Angst aber noch eine Drohung an die Adresse des Zentralverbandes, die übrigens einen kleinen Einblick hinter die Kulissen gestattet. Antwäpfend an eine Drohung der freikonservativen „Post“, man werde der Industrie die Dornen für ihr Verhalten in der Zolltarifffrage auf dem Gebiete der Sozialpolitik ertheilen, bemerkt die „Kreuztg.“:

„Wir können Herrn Bued sagen, daß auch in der konservativen Partei und Fraktion sehr Viele sind, denen die Verzögerung in der Sozialreform durch den Einfluß des Zentralverbandes schon viel zu lange dauert und die mit den Rücksichten auf die Großindustrie (z. B. beim Arbeitswilligengesetz) nur aus Opportunitätsgründen einverstanden waren. Auch dies Blatt wird sich einmal wenden!“

Agrarier und Industrielle haben also einen Pakt abgeschlossen, womach die Einen die Anderen in ihren Geschäften unterstützen. Die Agrarier sorgen mit für die Zurückbildung der Sozialreform und bekommen als Lohn von den Schlotbaronen Liebesgaben und Wucher-Zolltarife und umgekehrt. Wenn niemals sonst, so dürfte bei diesem Streit das Sprüchwort zur Wahrheit werden, daß, wenn zwei Spitzbuben sich zanken, der ehrliche Mann zu seinem Recht kommt.

Ob es soweit kommt, dürfte allerdings noch sehr die Frage sein, denn die beiden feindlichen Brüder werden sich schon wieder vertragen, ehe sie auf Zollwucher, Buchthausgesetz und Aehnliches verzichten. Besser ist besser!

Der Zentralverband deutscher Industrieller beschäftigte sich auf seiner Delegirtenversammlung auch mit seiner Stellung zur Sozialpolitik und Sozialdemokratie. Es war der Agel Bued, der bekannte Scharfmacherrecht, der in seinem Geschäftsbericht auf diese Dinge zu sprechen kam. Ueberflüssig zu sagen, daß da auch wieder mit Scharfmacherlogik beigebracht wurde, daß sie nur Anhängel der sozialdemokratischen Partei seien. Er sagte unter Anderem: Die im Zentralverband vertretene Industrie habe der Arbeitergesetzgebung freudig zugestimmt. Sie habe aber auch stets darauf hingewiesen, daß die Belastung der Industrie in angemessenen Grenzen gehalten werde, und nicht, wie es bei der letzten Umgestaltung der Invaliden- und Unfallversicherung thatsächlich geschehen sei, die Steigerung der Lasten im Hinblick auf den guten Gang der Industrie festgesetzt werde. Die Kosten für die Arbeiterversicherung bilden eine Belastung der deutschen Industrie in ihrem Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Die Hoffnung, daß die anderen Länder unserem Beispiel folgen würden, habe sich nur zu einem ganz geringen Theile verwirklicht. Trotzdem drängten unsere Sozialpolitiker zu weiteren Maßnahmen: Wittwen- und Waisenversicherung, Arbeitslosenversicherung u.s.w. Als eine weitere Gefahr für die Entwicklung unserer Industrie schildert Bueder die allgemein sozial-

politischen Verhältnisse, die zunehmende Organisation und Macht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Daß die Ortskrankenkassen und die freien Hilfskassen gänzlich unter ihrer Herrschaft ständen, sei bekannt. Auf dem letzten Genossenschaftstage der Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften sei endlich auch über das Eindringen der Sozialdemokratie in die Konjunkturvereine, die sie zu einer Ergänzung ihrer Organisationen zu machen trachteten, Klage geführt worden. Dieser zunehmenden Gefahr gegenüber trage unsere Gesetzgebung keine Bedenken, neue Institutionen zu schaffen, die der Sozialdemokratie immer neue Tummelplätze für die Bethätigung ihrer organisatorischen Arbeit gewährten. Neben und zum übergroßen Theil mit der Sozialdemokratie wirkten die deutschen Gewerkschaften, deren sie sich soweit wie möglich bemächtigt hat, um sie für ihre Zwecke zu benutzen. Die Zahl der Mitglieder dieser sozialistischen Zentralorganisation beträgt gegenwärtig rund 870 000. Die große Macht, welche die sozialdemokratischen Führer durch die Organisation der Massen erlangt haben, veranlaßte sie vielfach, zahlreiche große Ausstände in's Werk zu setzen, wobei es sich dabei wesentlich um Aktionen der Führer handelte, um die Arbeiter zum Kampfe zu ziehen und die Unzufriedenheit schüren.

Was es mit der freudigen Zustimmung der Scharfmacher zur Arbeitergesetzgebung auf sich hat, verräth die Auseinanderberührung der „Kreuztg.“ und „Post“ mit den Zentralverbändlern, die wir an anderer Stelle würdigten. Die Scharfmacher organisiren jenen Widerstand gegen die Sozialgesetzgebung, der eine zeitgemäße Entwicklung derselben unmöglich macht. Interessant ist noch, daß bei Agel Bued die Hirsch-Duncker'schen und Christlichen Gewerkschaften mit den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in einen Topf geworfen werden.

Armes Mädchen Hirsch! Arme Gewerkschaftschriften.

Mit den Verhandlungen des Innungstages, der vom 8. bis 10. September in Gotha tagte und von etwa 600 Innungsbeamten besucht war, sind die Anhänger der Innungsbewegung anscheinend wenig einverstanden. Zunächst hat der Innungstag es abgelehnt, sich mit der Polifrage zu beschäftigen, weil, wie u. A. ein Herr Dalsow aus Hannover erklärte, der Innungstag sich nicht in einen Gegensatz zur Staatsregierung stellen dürfe. Das fordert den Widerspruch vieler Innungsbeamten heraus, wie wir aus der Innungsdruckpresse ersehen. Die Herren sehen jedenfalls ein, daß ihnen der Innungstag gemüßigter zugemuthet hat, sich politisch zu lastriren. Zu der Frage des Befähigungsnachweises gab es ein interessantes Intermezzo. Zwar wurde eine Resolution angenommen, durch die der Befähigungsnachweis gefordert wurde, doch erklärte eine bedeutende Innungsleuchte, der konservativen Schneidermeister Jacobskötter: Er befinde sich in der unglücklichen Lage eines Menschen, der lange Jahre einem Ideal nachgeseigt ist, das überhaupt kein Ideal ist, der Befähigungsnachweis, wie er ihn sich gedacht, sei undurchführbar usw. usw. Mit diesen geradezu legerischen Ansichten begegnete er aber entriestem Widerspruch bei seinen Mitkämpfern in der Mittelstandsrettung. Sie wollen diese zum eisernen Inbvertarbestand aller Popfmänner gehörende Forderung nicht aufgeben, und ein Redner verdächtigte den konservativen Schneidermeister, der sein ganzes Leben der „Rettung des Handwerks“ gewidmet, so quasi des Verraths, denn es wäre bedenklich, daß er fürzlich von der freisinnigen „Dreslauer Zeitung“ gelobt worden sei. Das ist allerdings so ziemlich das Schlimmste, was einem entragirten Mittelstandsretter passiren kann. Ueberflüssig zu sagen, daß auch unser alter Freund, Mentier King aus Köln, da war und sein altes Stedenpferd der Errichtung von Arbeitgebersverbänden vorritt.

Unbändiger Haß leuchtete aus allen Reden hervor, für die Brotwucherparteien, Konservative und Zentrum wurde Stimmung gemacht und gegen die Arbeiter und das Bischen soziale Gesetzgebung geheßt. Auch dieser Innungstag wird die gewaltige Arbeiterbewegung im Siegeslauf nicht hindern können. Im Uebrigen kann man von den Herren Innungsbeamten sagen, daß sie nicht mehr so recht wissen, was sie wollen. Hoffentlich bald gehören sie der Vergangenheit an.

Ueber die Dauer der Krisen schreibt Richard Galber in der „Leip. Volksztg.“:

Man streitet gegenwärtig häufig darüber, wie lange wohl die jetzige Krise dauern werde. Unseres Erachtens ist diese Frage nicht zu beantworten und wir halten namentlich alle darüber aufgestellten Theorien für eine kindliche Spielerei. Auch aus der Geschichte der Krisen ist ein Erfahrungssatz nicht abzuleiten, der für die Gegenwart irgendwie maßgebend sein könnte. Die behauptete Verkürzung der Krisen ist auf Grund der Erfahrungen gleichfalls nicht zu behaupten. Im Uebrigen verzeichnen wir hier die Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts nach ihrem Auf- und Absteigen:

1857—1862.....	6 Jahre Niedergang.
1863—1866.....	4 Jahre Aufgang.
1867—1870.....	4 Jahre Niedergang.
1871—1874.....	4 Jahre Aufgang.
1875—1879.....	5 Jahre Niedergang.
1880—1883.....	4 Jahre Aufgang.
1884—1888.....	5 Jahre Niedergang.
1889—1890.....	2 Jahre Aufgang.
1891—1895.....	5 Jahre Niedergang.
1896—1900.....	5 Jahre Aufgang.

Der Verband deutscher Gewerbegerichte hielt am 10. und 11. d. M. in Lübeck seine Generalversammlung ab. Den Geschäftsbereich gab Stadtrat Dr. Fleck Frankfurt a. M. Die Zahl der Gewerbegerichte hat sich darnach wieder um 40 vermehrt. Man zählt jetzt bereits 163 Gerichte. Weiter berichtete Dr. Fleck über: „Die endgültige Annahme der einstweiligen Satzungen“. Das Gesetz sei dem Ausschuß überantwortet worden. Die Satzungen sollen zum nächsten Mal gedruckt vorliegen, worüber zu referiren sei. Kurz vor dieser Versammlung sind Vorschläge auf Statutenänderung eingegangen, die dieses Verfahren notwendig machten. Als nächster Versammlungsort wurde einstimmig Würzburg erwählt. Den Bericht über:

Hauptergebnisse der Statistik über die deutschen Gewerbegerichte, erstattete Gemeinderath Stadtmayer-Stuttgart. Nach dem vorgebrachten statistischen Material haben die Gewerbegerichte eine erhöhte Thätigkeit aufzuweisen, und es ist sicher, daß die Zukunft dem Gewerbegericht gehört. Die einigungsamtliche Thätigkeit hat demgegenüber allerdings noch verhältnismäßig geringe Biffern aufzuweisen, aber es ist mit dieser Einrichtung ja auch nur erst der Anfang gemacht worden. Gewerbebericht Dr. Grote-Bremen referirte über: „Das Verfahren in Einigungsachen bei Streik und Aussperrungen in Deutschland“. Redner führte aus, daß die Gleichberechtigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber anerkannt werden möge. Arbeiterausstände würden dann nicht so viel auf der Tagesordnung stehen. Konstatirt wurde, daß das Einigungsamt außerordentlich segensreich gewirkt habe. Viele Streiks waren durch Vermittelung des Einigungsamtes bald beendet. Ja, es sind sogar weniger Streiks vorgekommen, seitdem die Schiedsgerichte existiren. Ueber dasselbe Thema in Bezug auf das Ausland sprach Privatdozent Stadtrath Dr. Fatzrow-Charlottenburg. Vom Ausland sei an erster Stelle England zu nennen und Neuseeland. Deutschland hat in allen Punkten die goldene Mittelstraße innegehalten. Italien nahm sich Deutschland zum Vorbild. Auch in Christiania ist deutsche Anschauung zu erkennen. Redner führte weiter aus: Als erster Punkt der Einigungsämter gelte Geschäftskenntniß, als zweiter wieder Geschäftskenntniß und als dritter abermals Geschäftskenntniß. Der Zweck der Einigungsämter ist, einen kollektiven Arbeitsvertrag zu schaffen. Der Schiedspruch des Amtes muß möglichst als entscheidend für die streitenden Parteien gemacht werden. Das Einigungsamt sei nicht nur zur Schlichtung des Streiks da, sondern es müsse vor allen Dingen schon auf dessen Verhütung hinwirken. Rechtsrath Dr. Menginger-München referirte über die hauptsächlichsten Neuerungen der Gewerbegerichts-Novelle vom 30. Juni 1901. Ueber die Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten sprach dann Rechtsrath Wacker. Die Nothwendigkeit solcher Schiedsgerichte ist Redner außer Frage. Streit sei nur noch darüber, ob die Schiedsgerichte an bestehende Organisationen angegliedert werden oder selbstständig bestehen sollen, ob die Weisheit gewählt oder ernannt werden sollen. Redner spricht sich für Angliederung an die Gewerbegerichte aus, denn nur dann sei ein schnelles Verfahren gewährleistet. Beigeordneter Wolf-Offenbach referirte sodann über die Statuten der deutschen Gewerbegerichte und betonte, daß auf diesem Gebiete noch eine ziemliche Zerfahrenheit herrsche. Es sprachen noch Dr. Gimatis-Solingen über die rechtliche Seite der Arbeitsordnung, dann wurden einige Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches erörtert. Zum Schluß erwähnte Dr. Menginger, daß im Laufe des Tages einige Anträge eingegangen sind, die aber wegen der Kürze der Zeit im Verbandsorgan Erledigung finden müssen. Sodann dankte Redner allen Referenten für die interessanten und wichtigen Vorträge und allen Theilnehmern für die Aufmerksamkeit, die sie den Vorträgen geschenkt haben.

Auf der Versammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte in Lübeck waren aus folgenden Orten Beisitzer (Arbeitnehmer) auf Stadtkosten: Altona 2, Bielefeld 1, Breslau, Charlottenburg, Duisburg 2, Elberfeld, Frankfurt a. M., Gießen, Hannover a. M., Hamburg, Hof i. B., Köln a. M., Lägerdorf, Leipzig, Ludwigshafen, Mainz, München, Offenburg a. M., Paderborn, Schöneberg bei Berlin, Solingen, Spandau, Speyer und Wiesbaden. Einen Fußstich erhielten die Beisitzer aus Eisenach, Königsberg i. Pr. und Zerbst i. A. Anwesend waren 70 Arbeiterbeisitzer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die nicht erfolgte Ausschließung zweier Streikbrecher in Peine hat in den letzten Nummern mehrere Einsendungen veranlaßt. Es wird jedoch dabei übersehen, daß die Beschwerde sich überhaupt nicht mehr gegen den Vorstand, sondern gegen den Ausschuß, als die höhere Instanz, richten müßte, da dieser bekanntlich auf Berufung der Zahlstelle Peine bereits über die Entscheidung des Vorstandes verhandelt und unter vollständiger Billigung derselben gleichfalls den beantragten Ausschluß abgelehnt hat. Hiernach steht es dem Vorstand garnicht mehr zu, nochmals in eine — zumal öffentliche — Erörterung der Angelegenheit einzutreten, vielmehr hätte nun der Verbandstag als letzte Instanz endgültig zu entscheiden, sofern die Zahlstelle Peine sich noch an diesen wenden will. Wenn nun unser Stillschweigen der Zahlstelle Dortmund Anlaß zum Mißtrauen gegeben hat, so bedauern wir das. Wir glaubten, es hätte den Mitgliedern genügen können, daß auch der Ausschuß nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage konform dem Vorstandsbefehl entschieden hat, daß die Verfehlungen der beiden Mitglieder in Peine im vorliegenden Falle nicht mit der härtesten Strafe, dem Ausschluß aus dem Verbands, zu ahnden seien. Gegen den Verdacht, daß sie die Streikbrecher an sich begünstigen, sollten Vorstand und Ausschuß denn doch erhoben sein.

Diejenigen Mitglieder, welche in diesem Herbst vom Militär freigekommen sind und sich ihre früher erworbenen Mitgliedsrechte im Verbands wahren wollen, müssen sich ungehindert unter Vorzeigung ihres alten Mit-

gliedsbuches in der nächstgelegenen Zahlstelle anmelden. Sofern das alte Buch völlig in Ordnung ist, stellt der Kassirer ein neues Mitgliedsbuch aus und trägt in dieses die Wiederanmeldung ein. Hat das Mitglied vor der Militärzeit dem Verbands mindestens ein Jahr angehört und auch 52 Wochenbeiträge gezahlt, so kann ihm jetzt ohne Weiteres eine Reiselegitimation ausgestellt werden.

Dagegen sind jedoch solche Mitglieder, welche nicht mehr im Besitze ihres alten Mitgliedsbuches sind, d. h. denen dasselbe während ihrer Militärzeit abhanden gekommen ist, stets an den Verbandsvorstand zu verweisen, damit sie sich hier ein Erfahrungsbuch ausfertigen lassen. Ohne Mitgliedsbuch darf also auch hier, wie in jedem anderen Falle, keine Reiselegitimation ausgestellt und keine Reiseunterstützung gezahlt werden.

Auf wiederholte Anfragen machen wir auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß, entsprechend dem Gegenseitigkeitsvertrag mit den ausländischen Bruderverbänden, den reisenden Mitgliedern die im Auslande bezogene Reiseunterstützung bei der Zusammenrechnung der empfangenen Gesamtsumme voll anzurechnen ist, dergestalt, daß die im Inlande und Auslande erhobene Unterstützung zusammen nicht den Betrag von M 20 in zwölf Monaten übersteigen darf.

In letzter Zeit haben wir wieder sehr häufig konstatiren müssen, daß Reiselegitimationen für Mitglieder ausgestellt worden sind, welche noch garnicht unterstützungsberechtigt waren. Wir richten deshalb an alle Zahlstellenkassirer die dringende Mahnung, genauer darauf achten zu wollen, daß nur solche Mitglieder eine Reiselegitimation erhalten dürfen, welche ein volles Jahr dem Verbands angehören und auch mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben.

Die Verwaltungen jener Zahlstellen, welche am Jahresluß einer neuen Mitgliederliste bedürfen, ersuchen wir, dieses uns umgehend mitzutheilen, und wo die Mitgliederliste für mehr als 1000 Namen Raum enthalten soll, wolle man uns dabei auch gleich die Zahl der Namen angeben, welche die neue Liste fassen soll.

Stuttgart, den 5. Oktober 1901.
Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.
23. Gau. Vorort Stuttgart.

Wir ersuchen hiermit die Zahlstellenverwaltungen, mit Einleitung der Situationsfragebogen den Termin **15. Oktober** innezuhalten, damit mit der Zusammenstellung rechtzeitig begonnen werden kann.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir die Zahlstellen wiederholt ersuchen, auch in der Umgegend und überall dort, wo zahlreiche Holzindustriebetriebe vorhanden sind, Versammlungen zu arrangiren. Jeder Kollege muß verpflichtet werden, für Ausbreitung des Verbandes nach besten Kräften beizutragen.
Der Gauvorstand. J. A.: G. Kraus.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Anklam. Kollege Gantich-Stettin referirte hier über: „Der Kampf um die Koalitionsfreiheit.“ Leider ließ der Besuch Alles zu wünschen übrig, was der Referent in seinem Schlusswort gebührend tadelte, indem er darauf hinwies, daß mit der Beitragszahlung die Aufgaben der Mitglieder nicht erschöpft seien; die Versammlungen müßten sie besuchen und dort mitrathen und thaten, die Mantelmütigen stützen, die uns Fernstehenden heranziehen, gemeinsam müßten sie kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein, erst dann seien sie Mitglieder, wie sie der Verband gebrauchen könnte.

Erfurt. Man ist es schon längst gewohnt, daß in den sogenannten besseren Kreisen über den niedrigen Bildungsgrad der Arbeiter gesprochen wird, daß es aber in diesen Kreisen Leute giebt, die noch weit unter diesem Niveau stehen, darüber kann man des Oefteren Beobachtungen anstellen. Der hiesige Möbelfabrikant Herr J. Finkelmeyer nennt Arbeiter von 23 Jahren frecher Patron, Bengel usw. Daß die Prügelstrafe verboten ist, scheint dieser Herr nicht zu wissen, nicht nur seine Lehrlinge bekommen öfter derbe Hane, auch ein Gefelle mußte die fünf Finger dieses Herrn im Gesicht spüren. — Ein wahrer Taubenschlag, die Kollegen gehen und kommen jeden Tag trotz 14tägiger Kündigung. Daß es Leute giebt, welche dort anfangen, läßt sich in dieser schlechten Geschäftskonjunktur leicht erklären, ein Erfurter geht schon garnicht mehr hin, es sind also meistens fremde Kollegen. Durch den häufigen Wechsel erklärt sich nun von selbst, in welcher jämmerlicher Verfassung das Werkzeug ist. Das Holz bekommt man jedes Stüchlein einzeln, meistens ist man gezwungen, sich selbst welches zu suchen. Daneben fehlt es aber nicht an Treiberei, die ohne Sämannen aber nicht mehr möglich ist. — Daß Herr Finkelmeyer oft erfahrenen Leuten das Werkzeug aus der Hand nimmt und selbst an der Bank arbeitet, dabei aber die Leute in der gewöhnlichsten Art und Weise beleidigt, ist nichts Seltenes; überall kommt er ja nicht an. — Auch ist es schon vorgekommen, daß ein Tischler sich während der Arbeitszeit wegen Gehorsamsverweigerung Herrn Finkelmeyer gegenüber ¼ Stunden lang auf die Hohenbank setzen mußte; erwähnt sei noch, daß es selten Kollegen giebt, die es länger als 3-4 Wochen aushalten. Alle alle Tischlergesellen, die nach

Erfurt kommen und einmal hier eine Gastrolle geben wollen, denen können wir das herrliche Arbeiterelorado bei Herrn Finkelmeyer & Comp. empfehlen. Daran anschließend möchten wir auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam machen.

Lübeck. „Die Schädlichkeit der Akkordarbeit“, so lautete das Thema, über welches Kollege Mat h aus München hier am 27. v. M. referirte. In trefflicher Weise erledigte er sich seiner Aufgabe. Er widerlegte schlagend die irrige Anschauung von der größeren „Freiheit“ des Akkordarbeiters; er wies nach, daß die Akkordarbeit zur Uneinigkeit unter den Kollegen führe, und daß sie ein Gemisch aus betriebl. der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Akkordarbeit steigere die Produktivität und helfe die Reserverarmee vergrößern, sie steigere die Zahl der Unfälle und zerstöre Gesundheit und Familienglück. Darum müsse sie von jedem Kollegen bekämpft und beseitigt werden. An der Diskussion theilnahmen sich die als Parteitagbelegirte antretenden Kollegen Große und Möste aus Hamburg und Kollege Kloß aus Stuttgart. Kollege Dammer, der gleichfalls das Wort nahm, brachte folgende Resolution ein: „In Anbetracht der Thatfache, daß infolge der Akkordarbeit die Gefahren für Leben und Gesundheit gesteigert werden, des Weiteren der sozialistische Zusammenhalt erschüttert wird, und durch das Akkordsystem eine Schädigung unserer arbeitslosen Kollegen erfolgt, erklärt sich die heutige Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beauftragt die Lohnkommission, jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um in den in Frage kommenden Betrieben die Beseitigung der Akkordarbeit herbeizuführen. Gleichzeitig verpflichten die heute versammelten Kollegen, jeden Versuch der Arbeitgeber, Akkordarbeit einzuführen, zurückzuweisen.“

Wuppertal. Nach einem vorzüglichen Referat, das Herr Kollege Stein aus Nürnberg hielt, wurde eine Zahlstelle gegründet. Wir wollen hoffen, daß die Zahl der Kollegen sich zusehends mehre und daß die Früchte der Organisation hier bald reifen mögen.

Münster. Auch hier haben die Holzarbeiter unter der schlechten Geschäftskonjunktur schwer zu leiden. Das hemmt uns sehr in unserer organisatorischen Thätigkeit, ebenso wie die Lokalabtreiber und das Verhalten der „arbeiterfreundlichen“ Zentrumsredakteure. Schreibt doch das hiesige Zentrumsblatt, die „Münsterer Volksztg.“, wenn wir mal eine öffentliche Versammlung abhalten wollen und agitiere dazu, gleich, die „Nothen“ seien an der Arbeit. Als wir in einer am 8. September von den Christlichen einberufenen schlecht besuchten Holzarbeiterversammlung erschienen und ein Kollege vom Standpunkt der freien Gewerkschaften sprach, erschien am 11. September in oben genannter Zeitung ein Artikel, in dem behauptet wurde, wir hätten die Versammlung führen wollen, und den Christen der Rath gegeben wurde, solchen „Störenfrieden“ den Zutritt zu den Versammlungen zu verweigern, denn Bildung könne man von ihnen doch nicht lernen. Der Herr Redakteur hat sich da aber jedenfalls in den Personen geirrt, denn nicht wir riefen dem Schreinermeister Windschuh in der Versammlung zu: „Galt's Maul, Du Jesuit!“ sondern ein Christlicher. Ob übrigens der Redakteur nicht doch von uns etwas lernen könnte? Den christlichen Gewerkschaftlern wäre jedenfalls zu empfehlen, unsere Versammlungen zu besuchen, sie könnten dort noch recht viel lernen, was ihnen nicht schaden würde.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Firma Böhn & Co. in Gosum sendet uns folgende Berichtigung unter Hinweis auf das Werkzeugsch:

Am 1. September gab die Firma Böhn & Co. durch Anschlag bekannt, daß vom 1. Oktober bis 28. Februar die Arbeitszeiten anstatt wie im Sommer von 6-12 Uhr und von 1,30-6 Uhr, mit einer Frühstückspause von 8-8,30 Uhr, von 6,30-12 und von 1,15-6 Uhr, mit einer Frühstückspause von 15 Minuten verändere würden.

Am 1. Oktober ist daraufhin der größte Theil der Leute, anstatt die neue vorgezeichnete Arbeitszeit, welche der Stundenlohn nach die gleiche war, inne zu halten, ostentativ Morgens um 6 Uhr angefangen und gab bei dem Erörtern der Dampfpeife um 8,15 Uhr dem Befehl, die Arbeit zu beginnen, keine Folge, sondern frühstückte bis 8,30 Uhr.

Darauf hat die Firma durch Anschlag bekannt gemacht, daß sämtliche Leute, welche die neue Arbeitszeit nicht anerkennen, um 12 Uhr ihren Lohn im Comptoir in Empfang nehmen könnten und daß diejenigen, die nicht pünktlich um 1,15 Uhr beim Erörtern der Dampfpeife an der Arbeit wären, entlassen würden.

Anstatt nun sich jetzt zu fügen, kamen ungefähr 50 Mann erst um 1,20 Uhr in geschlossener Linie auf die Fabrik zu, um auf diese Weise die alte Arbeitszeit zu erzwingen. Diese sämtlichen Leute sind daraufhin sofort entlassen.

Begreift denn die Firma Böhn & Co. garnicht, daß sich die Arbeiter mehr gegen ihr unerhörtes herrisches Vorgehen, als gegen die Aenderung im Arbeitsverhältnis selbst wenden? Die Arbeiter sind mit Recht empört darüber, daß über ihre Köpfe hinweg, ohne den Arbeiterath, die geleglich vorgegebene Vertretung der Arbeiter, zu hören, Bestimmungen getroffen werden, die ihrer Meinung nach nur dem Wohlwollen und herrischen Charakter des Herrn Böhn zuschreiben sind. Soweit wir den Herrn Böhn persönlich kennen lernten, mußten wir gestehen, daß mit ihm beim besten Willen nicht auszukommen ist. Alle Augenblicke hat dieser Mann etwas Anderes, heute so, morgen so, gerade als ob er Vergnügen daran fände, die Arbeiter zu schubriegeln, mit ihnen wie ein kleines Kind Ball zu spielen. Wollen Sie sich die Achtung der Arbeiter erwerben, Herr Böhn, dann richten Sie Ihr Verhalten anders ein. Fragen Sie fort, in der bisherigen Weise die Arbeiter zu chikaniren, dann hört die Achtung auf und der Zeitpunkt dürfte dann schließlich bald kommen, wo überhaupt Niemand mehr bei Ihnen arbeiten will.
Die Redaktion.

„Die Fachzeitung“ auf der Annoncenjagd. Wir haben bereits betont, daß die „Fachzeitung“, Organ der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, ihre Hauptstärke in einem möglichst umfangreichen Annoncenheil erblickt. Neuherte ist doch bei Gelegenheit: „Nach unserer Ansicht zeugt der Annoncenheil stets von der Güte, Gelesenheit und Beliebtheit einer Zeitung.“ Daß aber nicht immer nur die Güte, Gelesenheit und Beliebtheit der „Fachzeitung“ es ist, die ihr so umfangreiche Annoncenaufträge zuführt

und so das Odium der „Schwachbrüstigkeit im Annoncenheil“ von ihr fernhalten, zeigt eine Notiz in Nr. 21 dieser Zeitung. Dort wird im Briefkasten ein Fragesteller darüber belehrt, daß „sowohl . . . schriftliche Versuche, wie auch unser persönlicher Besuch um Erlangung von Inseratenaufträgen bei einigen Holzhandlungen am Stottbuser Damm und am Lohmühlentweg bis jetzt leider ohne Resultat geblieben sind.“ Die Inhaber gehen von der falschen Ansicht aus, für ihre Firma habe das Inserieren keinen Werth, da sie ja doch Stehende haben müßten; sie vergessen dabei ganz, daß sie zwar nicht uns persönlich, wohl aber ihren Abnehmern gegenüber moralisch verpflichtet sind, ein der Allgemeinheit gewidmetes Unternehmen zu unterstützen. Dem Ermessen der Kunden obiger Firmen muß es überlassen bleiben, die Herzen eines Besseren zu belehren. Jedenfalls erwarten wir von unseren Kollegen diesbezüglich eine kräftigere Unterstützung als bisher, da wir sonst nicht in der Lage sind, unsere Zeitung, wie es allgemein gewünscht wird, zu vergrößern.

Die „Güte und Beliebtheit“ der „Fachzeitung“ scheint manchem Interessenten eben noch nicht eingeleuchtet, weshalb sie nicht einsehen, daß sie diesem in Geldsachen etwas „schwachbrüstigen“ Unternehmen mit einigen Annoncenausträgern unter die Arme greifen sollen. Da muß schon ein kleiner Druck nachhelfen, um die 12 Seiten Annoncen und damit die Unterhaltsmittel für die „Fachzeitung“ zusammenbringen zu können.

Die Agitation der organisierten Arbeiterschaft gegen den neuen Zolltarif paßt der Exportindustrie sehr in den Kram. Die „Musikinstrumenten-Ztg.“ druckt unseren Bericht über die von unseren Stuttgarter Kollegen veranstaltete Protestversammlung vollinhaltlich ab und bemerkt einleitend dazu:

„Wir betrachten dies als ein erfreuliches Zeichen, daß man in diesen Kreisen, die sonst wenig Verständnis für die richtigen Ursachen in Zeiten der Störungen und des Niedergangs in Handel und Industrie entgegenbringen, sondern gewöhnlich Alles dem Egoismus der Arbeitgeber in die Schuhe schieben, diesmal bemüht ist, sich im Interesse ihrer Existenz und der bedrohten Industrie mit in die Breche zu werfen und dahin zu wirken, daß ein Zustandekommen der Handelsverträge mit dem Auslande durch die Deutepolitik der Agrarier nicht zur Unmöglichkeit gemacht werde.“

Die organisierte Arbeiterschaft hat noch stets ihre Aufgabe darin erblickt, gegen alle ihr drohenden Gefahren mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen, ob es sich nun um Verschlechterung in den Arbeitsverhältnissen, um Verschlechterung ihrer Rechtsverhältnisse, oder, wie in diesem Fall, um Verschlechterung der Lebens- und Existenzverhältnisse der Arbeiterschaft durch eine ihnen feindliche Zollpolitik handelt. Es ist deshalb deplaciert, davon zu reden, daß die Arbeiterschaft für die richtigen Ursachen in Zeiten des Niederganges der Industrie sehr wenig Verständnis habe und Alles dem Egoismus der Arbeitgeber in die Schuhe schiebe. Die organisierte Arbeiterschaft hat dort sowohl ihre Pflicht, als hier in der Bekämpfung des Zolltarifs, wo allerdings mehr als in anderen Fragen die Interessen der Arbeiter mit denen der Industrie-Unternehmer gleichlaufen. Wir würden übrigens sehr erfreut sein, wenn die Unternehmer der durch den Zolltarif bedrohten Industrie in Zukunft mehr und entschärfener als bisher sich zum Protest gegen denselben erheben wollten. Bisher beschränkten sie sich meist darauf, sich von den Arbeitern die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen und ihnen dann dafür ein bescheidenes Lob zu spenden.

Die Uhrenindustrie und die Handelsverträge. Es sind in der Holzindustrie eine ganze Reihe Gewerbe, die an dem Abschluß günstiger Handelsverträge interessiert sind, und die Uhrenindustrie ist darunter nicht das Unbedeutendste. Das geht schon daraus hervor, daß von einer Gesamtproduktion der deutschen Uhrenindustrie im Werthe von 80 bis 82 Millionen Mark nur etwa ein Viertel in Deutschland abgesetzt wird, während der Rest in's Ausland geht. Die Uhrenindustrie ist sonach eine bedeutende Exportindustrie. In der That giebt es wohl kaum ein Land auf der Erde, wozu die deutsche Uhrenindustrie nicht — mittelbar oder unmittelbar — ihre Fabrikate ausführt. Als Hauptexportländer kommen für unsere Uhrenindustrie in Betracht: in Europa sämmtliche Staaten; in ganz besonderem Maße England, Rußland und der Orient; außerhalb Europas: Nord- und Südamerika, die südafrikanischen Staaten und Australien. Seit Abschluß der letzten Handelsverträge datirt ein neuer Aufschwung des Uhrengeschäfts, trotzdem die Hölle nach einzelnen Vertragsländern ungünstig und die dortigen Zollvorschriften zum Theil erschwerend sind. Der Grund für den Aufschwung liegt, wie der Sekretär der Schwarzwalder Handelskammer in Rillingen, Dr. Knorz, in dem neuesten Heft der bekannten Monographienammlung des Handelsvertragsvereins „Die Uhrenindustrie“ ausführt, in der durch die Laugfähigkeit der Verträge geschaffenen Stabilität des Verkehrs. Dieselbe hat es dem Handel ermöglicht, Dispositionen auf eine Reihe von Jahren zu treffen, ohne wie vordem eine plötzliche und willkürliche Aenderung der Zollvorschriften befürchten zu müssen. Vergleichen man die Uhrenausfuhr nach den Vertragsländern im Durchschnitt der Jahre 1899—1900 und 1900—91 miteinander, so ergibt sich auf Grund der statistischen Nachweise über die Waarenausfuhr eine Steigerung der Ausfuhr beispielsweise nach England um 28 pZt., nach Belgien um 64 pZt., nach Schweden um 230 pZt.

Für Rußland dürfte dieser Prozentsatz in Wirklichkeit noch erheblich höher zu veranschlagen sein. Die russische Einfuhrpolitik weiß gerade bei diesem Artikel viel zu niedrige Ziffern an. Nach Ländern, mit welchen wir keine Handelsverträge haben, ist die Ausfuhr meist nicht in diesem Maße gestiegen, nach einzelnen Ländern sogar erheblich zurückgegangen. So nach Spanien um 24 pZt., nach Frankreich um 49 pZt., nach Schweden um 56 pZt.

Das Nichtzustandekommen neuer Handelsverträge und in Verbindung damit die Gefahr, in Zollkriege mit dem Ausland verwickelt zu werden, würde für die deutsche Uhrenindustrie nicht nur zur Folge haben, daß die Ausfuhr einwärtig, bezw. ein großer Theil derselben verloren gehen wird, sondern auch, daß Uhrenfabriken noch mehr als früher in's Ausland zu emigrieren werden, bezw. die deutsche

Uhrenindustrie in's Ausland verpflanzt werden wird, wodurch dem deutschen Wirtschaftsleben schwerer Abbruch geschehen würde.

Und was das für die Arbeiter der Uhrenindustrie bedeutet, lehrt ein Blick auf die Lohnverhältnisse derselben. Wir verweisen hier nur auf die in Nr. 37 unserer Zeitung aus den badischen Fabrikinspektionsberichten gemachten Angaben über dieselben. — Mögen die Holzarbeiter die ihnen drohende Gefahr zeitig genug erkennen und zur Beseitigung des drohenden Zolltarifs ihr Möglichstes mit beitragen.

Auch in der Holzindustrie kracht es ganz bedenklich. So hat in letzter Zeit wieder die Holzfirma S. Steiner in Rattowitz die Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen, wie der „Bresl. Ztg.“ mitgetheilt wird, M 1400 000. Von Aktiven verlanget recht wenig. Die Verhältnisse sind außerst berwickelt, eine große Anzahl dortiger Firmen ist in Mitleidenschaft gezogen. Versuche, die Angelegenheit zu regeln, werden gemacht, führen sie zu keinem Resultat, so stehen leider noch weitere Fallissements in Aussicht. So geht es weiter in der Abwärtsbewegung.

Die Waggonfabrik Akt.-Ges. S. Fuchs in Heidelberg wird, einem Beschluß des Aufsichtsrathes zufolge, für das verlossene Geschäftsjahr 8 pZt. Dividende, wie im Vorjahre, zur Vertheilung bringen. Die Aktionäre dieses Instituts merken demnach noch nichts von den schlechten Zeiten.

Gewerkschaftliches.

Die Situation nach dem Glasarbeiterstreik. Die Leitung des Glasarbeiterverbandes berichtet: „Die Einstellung von Streikenden konnte bisher nur in ganz minimaler Weise stattfinden. Die Arbeiter, welche sich zur Aufnahme der Arbeit meldeten, hatten die schwersten Vorwürfe zu erdulden. In den verschiedenen Betrieben mußten Verträge unterzeichnet werden, die dem Gesetz zuwiderlaufen. In einigen Betrieben ist der Austritt aus der Organisation zur Pflicht gemacht worden; auch die Verbandsblätter wurden abberlangt.“

Die Lage der Streikenden ist gegenwärtig eine trostlose. Die Streikenden, die sich während des langen Kampfes mit der geringsten Unterstützung begnügt haben, stehen jetzt völlig mittellos da. Die Verbandskasse ist völlig geleert und kann deshalb den Streikenden nicht die geringste Unterstützung gegeben werden. In Nürnberg sind noch circa 280 Kollegen, die anfangs dieser Woche noch nicht eingestellt waren. In Geresheim sind circa 100 Gemahregelte, die auf Wiedereinstellung verzichten müssen. Fast an allen Orten sind eine Anzahl gemahregelter Kollegen zu verzeichnen. Erst Anfang nächster Woche wird der Betrieb in allen Fabriken gänzlich aufgenommen werden können. Eine Unterstützung ist den Streikenden seit dem 14. vorigen Monats nicht mehr gezahlt worden. Das Geld und die ganze Lage der Streikenden ist geradezu unbeschreiblich. Auch seitens des Verbandes kann an eine Hebung dieser Lage nicht gedacht werden, da die Kassen geleert sind.

Wir bitten deshalb die Parteigenossen dringend, uns zur Vinderung der Noth noch einige Unterstützung zukommen zu lassen, damit die Gemahregelten, die im Vorbergrunde der Bewegung gestanden haben, über Wasser gehalten werden können.“

Wir bitten unsere Kollegen gleichfalls, die gemahregelten und noch nicht wieder eingestellten Flaschenmacher nach besten Kräften zu unterstützen. Kollegen, dieser Appell an eure Opferwilligkeit würde sich erübrigen, wenn die englischen Glasarbeiter nur einen ganz winzigen Theil ihrer mit großem Pomp abgegebenen Erklärung in Erfüllung gehen lassen würden. Wenn's sein muß, hieß es, würde man den Streikenden den ganzen Kriegsfonds in Höhe von 1½ Millionen Mark zur Verfügung stellen, und seit dieser Erklärung ist, wie der „Fachgenosse“ mittheilt, kein Pfennig mehr nach Deutschland gekommen. M. 40 000 sollen nach einer Erklärung der englischen Glasarbeiter-Organisation im „Fachgenosse“ bewilligt gewesen sein, sind aber nicht abgehandelt worden, weil inzwischen der Streik aufgehoben wurde. Aber warum wurde diese Summe nicht abgehandelt, wo doch die Noth der Glasarbeiter hier aus allen Fugen schaut? Die Haltung der Engländer zeigt wieder einmal, wie wenig Werth auf deren bombastische Solidaritätsbekundungen zu geben ist. Sie haben mit der bekannten Prahlerei auf die Unternehmer nur einen Schreckschuß abgefeuert, der ihnen nichts schadet, haben aber sonst den Glasarbeitern Hoffnung gemacht, die nicht in Erfüllung gingen, um so schlimmer ist jetzt die Enttäuschung. Wir haben die Engländer im Allgemeinen richtig eingazirt und es wäre wirklich ein Wunder gewesen, wenn wir uns gerade in den Glasmachern getrrt haben sollten.

Die Buchbinder in München beschließen, den Prinzipalen folgende Lohnforderungen zu unterbreiten: 1. Neunstündige Arbeitszeit; 2. Minimallohn: für Arbeiter M 21, für Ausgelernte M 18, für geübte Arbeiterinnen M 13, für besonders geübte M 15, für ungeübte Arbeiterinnen das erste halbe Jahr M 7, das zweite halbe Jahr M 9; 3. Bezahlung der gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage; 4. Gewährung eines Lohnzuschlages von 10 pZt. für alle von diesen Forderungen nicht berührten Kollegen und Kolleginnen; 5. Zuschläge für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit: für Arbeiter die erste Stunde 10 pZt., die zweite Stunde 15 pZt., die dritte Stunde und Sonntags 20 pZt., Arbeiterinnen erhalten 5, 8 und 10 pZt., Akkordarbeit ist unbegrenzt; 6. für Akkordarbeit ist der Lohnsatz der Leipziger Tarifkommission einzuführen; 7. Freigabe des 1. Mai; 8. Anerkennung des Arbeitsnachweises der Zahlstelle München des deutschen Buchbinderverbandes.

Ueber das Ergebnis der Buchbinder-Tarifberatung ist in den zweeks Berichterstattung der Gehilfenvertreter in Berlin und Leipzig gemachten Mittheilungen folgendes bekannt geworden. Die Gültigkeitsdauer des Tarifs ist, wie wir bereits berichteten, wiederum auf fünf Jahre, vom 1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1906, festgesetzt worden, nachdem die Prinzipalvertreter die weiteren Vereinbarungen wesentlich von dieser Gültigkeitsdauer abhängig gemacht hatten. Nach dem neuen Tarif soll eine Lohnerhöhung von 7½ pZt. eintreten. Von den Gehilfen waren 10 und von vielen Druckorten 15 pZt. beantragt. Das einheitliche Minimum von M 23 ist abgelehnt und folgende Lohnstaffel beschlossen: Für Gehilfen bis zum Alter von 21 Jahren M 21,50, von 21 bis 23 Jahre M 22,

über 23 Jahre M 22,50. Die beantragte Herabsetzung der Lehrlingskafala ist abgelehnt und bleibt die bisher gültige bestehen. Ferner ist die Errichtung von Kreisämtern beschlossen, welche u. A. für die einzelnen Druckorte die Lokalzuschläge regeln und über die etwa nothwendigen Ausnahmestimmungen befinden. Außerdem wurde die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise innerhalb der Tarifgemeinschaft nach laugen Verhandlungen vom Tarifausschuß beschlossen, wodurch in Zukunft vermieden werden soll, daß in einzelnen Orten ein größerer Ueberfluß an Arbeitskräften besteht, während in anderen Orten ein Mangel vorhanden ist. Nach den Bestimmungen soll die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Vereinigung oder Klasse bei der Arbeitsvermittlung nicht in Betracht kommen. Bei der Verurteilung dieser Erfolge ist nicht außer Acht zu lassen, daß sie unter dem Zeichen einer ungünstigen Geschäftskonjunktur erzielt worden sind.

Soweit die organisierten Gehilfen bisher zu den Tarifberatungen Stellung genommen haben, haben sie sich durchweg in zustimmendem Sinne geäußert.

Eigenthümlich muß es berühren, daß die Gewerkschaft der Buchdrucker, jene Sonderorganisation, die seit ihrem Bestehen mit allen Mitteln den Tarif bekämpft hat, nunmehr von Zulassung zu den Beratungen des Tarifausschusses ersuchte. Man kann es unter diesen Verhältnissen begreiflich finden, wenn der Gewerkschaft vom Tarifausschuß geantwortet wurde:

„Der von Ihnen vertretenen Gewerkschaft der Buchdrucker usw. dasselbe Recht als den anderen Organisationen einzuräumen, ist uns nicht möglich, da dieselbe als tariftreue Organisation nicht gelten will, sich vielmehr die Bekämpfung der Tarifgemeinschaft und der in ihr wirkenden Organe zum Ziele gesetzt hat. An Ihre Mitarbeitererschaft an unserer tariflichen Gesetzgebung ist unter diesen Umständen doch nicht zu denken, weshalb sich auch die Ladung Ihrer Organisation zu den Verhandlungen des Tarifausschusses ganz von selbst verbietet.“

Wiel Konsequenz verräth das Ersuchen der Gewerkschaftler nicht, oder sind sie plötzlich tariftreu geworden?

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ äußerte sich zu dem Parteitagsbeschlusse über den Hamburger Schiedspruch folgendermaßen:

„Der Parteitag hat sich mit Annahme dieses Antrags (gemeint ist der Antrag 114. M. b. „Holzarb.-Ztg.“) auf den Boden der Motive zum verflochtenen Buchhausgesetz gestellt, daß die Arbeitswilligen recto Streikbrecher als nützliche Stützen des Staates geschützt werden müssen und zugleich auf den Unternehmerstandpunkt, daß man zwar diese Leute aus sittlichen Gründen verachten, aber so lange sie unbedingte Heeresfolge leisten, nicht strafen kann.“

Der „Correspondent“ scheint es als eine Ehrenpflicht der „neutralen“ Gewerkschaften, als deren Vertreter er sich immer gerirt, aufzufassen, in der unerhörtesten Weise die sozialdemokratische Partei und damit ihre Anhänger herabzuwürdigen. Wir wundern uns nur darüber, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Buchdruckerverbandes, die doch wohl an Zahl überwiegen, gegen eine solche Herabwürdigung ihrer politischen Ueberzeugungen nicht energisch Front machen. Herr Meißner hat in einer Berliner Buchdruckerversammlung erklärt, daß er seine Schreibweise nicht ändern werde; dann wird er sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß jeder anständige Arbeiter, der auf seine politische und gewerkschaftliche Ehre und die politische Ueberzeugung seines — selbst gegnerischen — Mitarbeiters etwas Werth legt, von ihm recht weit abruht.

Die Kehler'schen Sonderorganisationen, die sich bisher die „durch Vertrauensmännerzentralisierten Gewerkschaften Deutschlands“ nannten, hielten vom 23. bis 25. September in Berlin ihren 5. Kongreß ab. Es waren 73 Mandate vertreten, die angeblich 18 253 Mitglieder vertraten, während 5 Organisationen mit 231 Mitgliedern keinen Delegierten entsandt hatten. Nach dem Geschäftsbericht wird die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen 38 Vereine auf 19 757 angegeben. Die Mitgliederzahl des gleichfalls angeschlossenen „Niederheinischen Arbeiterverbandes“, der im Vorjahr noch mit seinen 10 000 Mitgliedern paradierte, wird auf 6300 angegeben. Der Agitationsfonds hatte eine Einnahme von M 4602,19 und eine Ausgabe von M 4554,03. Für Streikunterstützung verausgabte die Geschäftscommission M 92 057, wozu M 86 541,30 von den angeschlossenen Vereinen eingingen. M 7054,44 wurden seitens des Berliner Gewerkschaftsartells an Streikunterstützung aufgebracht. Das Organ „Einigkeit“ hatte M 45 402,47 Einnahme und M 44 372,37 Ausgabe. Interessant ist, daß der angeblich „sehr gut stehende“ Arbeiterverband, der doch ein Drittel aller Mitglieder aufweist, nur M 500 in die Streikkasse zahlte. In der Debatte verurtheilt Gehl-Berlin die Delegation Kehler's zum Pariser internationalen Arbeiterkongreß trotz des ablehnenden Beschlusses des vorigen Kongresses. Insbesondere machte aber die Neugründung besonderer Fachorgane den Geschäftsleitern Kopfschmerzen. Die Befürchtung, daß die „Einigkeit“ darüber in die Brüche gehen könnte, ist dadurch in bedenkliche Nähe gerückt. Da dem Preßfonds der letzteren M 8150 für Streikunterstützung entnommen, aber nicht zurückgezahlt werden konnten, so wurde beschlossen, diese Schuld zwar niederzuschlagen, aber hinfort aus dem Preßfonds kein Geld für Streiks mehr herzugeben. Um der Kassenebbe abzuhelfen, wurde eine Neuregelung des Streikunterstützungswesens vorgenommen, ebenso eine neue Feststellung der Organisationsgrundlage. Der Redakteur Kehler, der bisher für jede Nummer der von ihm redigierten „Einigkeit“ M 80 erhielt, wurde mit festem Jahresgehalt von M 3600 angestellt, wofür er auch andere Organisationsarbeiten übernehmen soll. Auch der erste Vorsitzende der Geschäftscommission, als welcher Hinrichsen gewählt wurde, sowie der Expedient Thieme wurden gegen Besoldung angestellt. Der nächste Kongreß soll in zwei Jahren stattfinden. Auch der Name dieser Organisationen wurde geändert, sie nennen sich in Zukunft „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“. Ob sie damit für ihre Sonderbestrebungen bei den deutschen Arbeitern mehr Erfolg haben werden, ist zu bezweifeln. Mit Recht erklärt das „Correspondenzblatt“ über den Kongreß: Der Kongreß zeigt, daß die Vertrauensmännerzentralisationen Schritt für Schritt der Organisationsform und Taktik der Zentralverbände nach

hinken. Umso mehr tritt der wahre Grund der Abspaltung, die Disziplinverachtung und Sonderbündelei aus Prinzip immer augenfälliger hervor.

Der Steinfacherverband beruft für die Tage vom 17. Februar ab in Mainz seinen 5. Verbandstag ein.

Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus hat durch Ankauf eines Nebengrundstückes und durch Anbau eine bedeutende Vergrößerung erfahren.

Wagabundengesetz und Gewerkschaft in Oesterreich. Im vergangenen Sommer wurden Mitglieder des österreichischen Buchdruckerverbandes, die sich auf der Reise befanden, in mehreren Orten Oberösterreichs durch Gendarmen aufgegriffen und von den Gerichten wegen Landstreicherei zu Arreststrafen verurteilt.

Zur Anwendung des Landstreichergesetzes. Es ereignen sich Fälle, daß Personen wegen Verdachtes der Landstreicherei angehalten werden, die infolge Zugehörigkeit zu einem bestimmten Berufe, insbesondere aber infolge geleisteter Einzahlungen Anspruch auf Reiseunterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit haben.

Der Generalprokurator wurde außerdem aufgetragen, hinsichtlich der beiden Fälle von Verurteilung die Nichtigkeitsbeschwerde einzulegen.

Diese „Mittheilung“, sagt unser österreichisches Bruderblatt, der „Holzarbeiter“, mag nicht schlecht gemeint sein, aber bei der sprichwörtlich gewordenen Begriffsstutzigkeit mancher Beamten wird sie schwerlich eine entsprechende Wirkung haben.

Der VI. französische Gewerkschaftskongress, an dem außer den Delegierten der Gewerkschaften auch die Vertreter von Arbeitsbörsen und Genossenschaften theilnahmen, tagte in der letzten Septembertwoche in Lyon.

erklärte sich schließlich der Kongress für die Institution der Arbeitsräthe. Der höchste Arbeitsrath, Conseil superieur du Travail, der etwa die Aufgaben unserer deutschen „Kommission für Arbeiterstatistik“ zu erfüllen hat, fand die Zustimmung des Kongresses. Nur wurde gefordert, daß derselbe nur bestehen solle aus Unternehmern und Arbeitervertretern, daß die Minister und Staatsbeamten, die heute Mitglied desselben sind, entfernt werden möchten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Das Gewerkschaftsblatt „L'Operaio Italiano“ ist in der Person seines verantwortlichen Redakteurs, Genossen Legien, von der Strafkammer in Hamburg vor einigen Tagen zu einer Geldstrafe von M 100 verurtheilt worden.

Die Versammlungsfreiheit im Ruhrrevier wird den Arbeitern nach wie vor illusorisch gemacht. In Altenhof bei Essen fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt; die Polizei forderte die Entfernung der Frauen, die öffentliche Versammlung sei politisch.

Ein Arbeitswilliger wegen wissentlich falscher Anschuldbildung verurtheilt.

Auf der Grube Achibald bei Halberstadt haben im Mai die Bergleute die Arbeit eingestellt. Der Bergmann Hermann Jordan aus Kochstedt hat die Arbeit gleichfalls mit eingestellt, ist aber am 11. Mai wieder zur Arbeit gegangen.

Ist eine Gewerkschaft eine Versicherungsanstalt?

Mit dieser Frage, die bereits seit einem Jahrzehnt von vielen Gerichten, u. A. auch von dem Kammergericht, benannt worden ist, hatte sich das Schöffengericht Budau zu beschäftigen. Der Bevollmächtigte der Magdeburger Filiale des Schuhmacherverbandes war in eine Polizeistrafe genommen worden, weil er nach Ansicht der Polizei ohne behördliche Genehmigung eine Versicherungsanstalt errichtet hat.

sicherungsanstalt nicht sei und sprach den Angeklagten frei, legte auch die sämtlichen Kosten, einschließlich der der Vertheidigung, der Staatskasse auf.

Literarisches.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1902. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. Preis 50 M. Somit präsentirt sich nun unser Verbandsalmanach in seiner dritten Auflage.

Briefkasten.

* Wegen Raumangels blieben zurück die Verichte aus: Zwidau, Weßensfels, Straußberg, Straßburg, Schwelm, Düben.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (G. S. 9 in Hamburg.)

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die örtlichen Verwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem neuen, ab 1. Oktober gültigen Statut der Mehrbetrag an die durch Betriebsunfall erwerbsunfähig gewordenen Mitglieder ab Beginn der fünften Woche nach dem Tage des Unfalles ein veränderter ist.

Table with 2 columns: Klasse, Betrag. 1. Klasse M. —,28 täglich, M. 1,63 wöchentlich. 2. „ „ —,48 1/2 „ „ 2,61 „. 3. „ „ —,61 1/2 „ „ 3,08 „. 4. „ „ —,80 1/2 „ „ 4,— „. 5. „ „ —,19 1/2 „ „ 1,18 „.

Der zu zahlende Mehrbetrag ist demnach von der fünften bis Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Tage des Unfalles für genau 9 Wochen in der 1. Klasse M. 15,12, in der 2. Klasse M. 23,49, in der 3. Klasse M. 27,72, in der 4. Klasse M. 36 und in der 5. Klasse M. 10,44.

Ueber diese Mehrbeträge neben dem statutarischen Krankengelde ist eine Separatquittung per Brief an den Vorstand einzusenden, damit die Beträge ungehäumt bei den betreffenden Arbeitgebern haubdirt werden können.

Bekanntmachung des Hauptkassiers.

Vom 14. bis 30. September gingen folgende Gelder ein: Berlin B. M. 600, Lindenau, Nürnberg, Würzburg II je 500, Karlsruhe, Hamburg II, Fackenburg, Berlin C, Rixdorf je 400, Cronberg, Bayreuth, Mülheim a. Rh. je 300, Hsch 260, Charlottenburg 250, Hamburg I 230, Verben, Weiskene, Vangerbiedach, Giebichenstein, Kleinzschocher, Altona, Sevelsberg, Reinickendorf, St. Gangloff, Görbe, Neu-Spenburg je 200, Liegnitz 180, Heibingsfeld 170, Wilsen, Speyer, Etellen, Leipzig III, Friedrichsdorf, Erlangen, Huchtingen, Schmenhert, Thonberg, Hornberg je 150, Bries 130, Gotha 120, Wodenheim, Pottschappel, Tharandt, Düsseldorf, Neulubheim, Emdentz, Pforsheim, Schenkzitz, Witten, Arnstadt, Alkatt, Weimar, Kaltenbornheim, Bergshausen, Großzschocher, Saan, Kleinhäusen, Kl.-Krosenburger, Hohenheim, Götzen, Hildorf je 100, Raltheim 85, Aalen 78,70, Dortmund 75, Neuhäusel 70, Bothnang, Waffenswickbach, Niederwöllstadt je 60, Stadtilm, Apolda, D'enburg, Döbeln je 50. Summa M. 12828,70.

Vom 14. bis 30. September erhielten Zuschüsse: Essen M. 500, Berlin E 400, Wödingen, Fürth, Feudenheim, Ruppurt je 300, Potsdam 260, Gohls, Achaffenburg, Dürkheim, Lampertshausen, Merheim, Dresden-N., Leipzig II, Löttau, Göppingen je 200, Gelsenkirchen, Mülheim a. d. Ruhr, Hebbesheim, Schöneberg, Muggensturm, Grözingen, Dschä je 150, Rudolstadt 130, Graubenz, Frotha, Fuchsdöbeln, Landau, Verzen, Neue Neustadt, Weitenhausen, Geseke, Schleißheim, Wiersen, Spiegelberg, Semelingen, Marienborn, Sudenburg, Billingen, Wülster, Wilsdruff, Aachen je 100, Elmshorn, Blankenburg a. S. je 75, Reidenbach 70, Prenzlau, Burgstädt je 50. Summa M. 7600. Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse bezahlt M. 1467,20. E. Jacobs, Hauptkassier.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Altona. Am Mittwoch, den 16. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale d. Herrn Christianen, Blumenstr. 41. L. O.: 1. Abrechnung. 2. Vortrag. 3. Bericht vom Kartell. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Barmen. Am Montag, den 14. Oktober, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7. Düsseldorf. Dienstag, den 15. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Sektion der Möbelschreiner. Samstag, den 12. Oktbr., Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Ahlenerstr. 26.

Charlottenburg. Montag, den 14. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Weber, Wisnarsstr. 74; Generalversammlung.

Elberfeld. Montag, den 14. Oktober, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Altbahn 28.

Gesellschaft. Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung am Sonntag, den 18. Oktober, Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Petersen, Sialstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Ueber Zweck u. Nutzen der Organisation“. 2. Diskussion.

Gamburg. Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 12. Oktober, prägnant 9 Uhr Abends, bei v. Salzen, Cassanacherstraße. Tagesordnung: 1. Betrachtungen über die Verhältnisse. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Berichtangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Sektionsführer.

Rienburg. Sonnabend, den 12. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Hentel, Hinterestraße.

Wernigerode. Sonnabend, den 12. Oktbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei B. Sürmer, „Stadt Stolberg“.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Altona. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Bezirkslokal, Herberge und Arbeitsnachweis vom 7. Oktober an im Christiansen's Club- und Ballhaus, Blumenstr. 41, befinden. Bureaustunden des Arbeitsnachweises sind täglich Abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr und Sonntags von 9 bis 11 Uhr. Der Kassier ist jeden Sonnabend Abend von 8 bis 10 1/2 Uhr zur Entgegennahme der Beiträge im Lokal anwesend.

Baden-Baden. Bevollmächtigter Josef Müller, Kreuzstr. 5, 8. Et.

Berlin. Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich Engelauer 15, im Gewerkschaftshaus. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Castrop (Westf.). Bevollm. Max Bretz, Tischler, Bittenerstr. 57.

Hannover. Unsere Herberge und Arbeitsnachweis befinden sich seit dem 1. Oktober im „Hotel Gewerkschaftshaus“, Kalenbergsstraße 31/32. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Bevollmächtigter Fr. Hieseler, Tischler, Schaufelbergstr. 8, 4. Et.

Kangensalze. Vom 15. d. M. ab wird die Reiseunterstützung Lange Arndbergasse 14 ausbezahlt. Kassier Franz Pockarth.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Hermann Heidrich, Tischler, geb. 31. 8. 81 zu Görlich, gest. 1. 10. 1901 an der Schwindsucht zu Görlich.

Otto Reyer, Stuhlbauer, geb. 27. 5. 70 zu Klützergeringwalde, gest. 2. 10. 1901 an der Proletarierkrankheit zu Geringswalde.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Kollege Herm. Hensel, wo steht Du? R. Lengefeld, gegen i. B. Rembergstr. 22.

Ein Tischler sucht Stellung behufs Ausbildung in der Säge- u. Holzwerkerei. Zuschriften an Fr. Harbich, Sanylen i. Schl., Obelstr. 15.

Meister für 10-12 Arbeitskräfte zur selbstständigen Leitung einer Tischlerfabrik sofort gesucht. L. Günther, Cottbus.

Ein erfahrener Tischler auf Stühle findet dauernde, lohnende Beschäftigung bei M. Quandt, Dentisch Str., Tischlerwerk mit Dampftrieb.

Zwei jüngere, tüchtige Korbmachergehilfen auf Ballenarbeit sucht bald für dauernde Beschäftigung Paul Winkler Korbmachermstr. Herrschdorf bei Girsberg i. Schl.

2-3 Gesellen auf Gematt sucht Rolle, Korbmacher, Gr.-Corbetta.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe erhält dauernde Arbeit bei Carl Wiedemann, Korbmachermstr., Spremberg (N.-L.).

3-4 tüchtige Korbmachergehilfen auf Meise- und Waschkörbe werden sofort bei hohem Lohn gesucht bei Bruno Weisse, Schlettau (Ergeb.).

Suche noch einige tüchtige Korbmachergehilfen auf Matt und grün Geschlagen. R. Thleme, Korbmachermfabrik, Corbetta-Waldhof.

2 tüchtige Korbmacher für Gestell- und Bambusarbeit per sofort. Wilhelm Wacker, Bremen, Heerdenthorsteinweg 43.

Ein junger, solider Bürstenmachergehilfe, flotter, sauberer Einzelarbeiter, sofort gesucht. Herm. Hausbalk, Seiligenstadt.

Sichere Griffenz für Tischler!

Schönes Grundstück, in lebhafter Industrie-Nähe der N.-L., ist mit schwingbarem Möbelschrank (gr. Umfah) und Dautschleret mit Motorbetrieb, viel Arbeit, bei wenig Anzahlung sofort zu verkaufen. Übernahme ebenf. sofort. Schnell entschlossene Käufer heißen Offerte, nebst Angabe der Anzahlung, an die Expedition d. Bl. unter A. N. 137 einzuschicken. Grundrechtliches Angebot. Selten günstige Gelegenheit.

Für Tischler!

Umstände halber ist in einem großen, stark im Aufblühen begriffenen Kirchdorf, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs, ein neues Wohnhaus, worin mit gutem Erfolg Tischlerei betrieben wird, mit oder ohne Handwerkszeug sofort oder später zu verkaufen. Offerten unter H. Th. 136 an die Expedition d. Bl.

Bei hoher Vergütung suche allerorts Herren, welche den Betrieb hochleg. Neuheiten, auch vorzügliche Weihnachtsartikel, nebenbei übernehmen. Prospekt gratis. Herm. Wolf, Zwickau i. S., Blicherstr.

!! Nebenverdienst !!

bietet sich organ. Genossen durch Vertretung meiner Metall-Schwedenhüllen, Schnapptabakdosen usw., mit Namen. Ernstl. Resf. erhält a. Wunsch Prosp. u. Schwedenhüllen als Muster gratis u. franko. Bitte genaue Adresse. Reinhard Thate, Posenstein-Ernstthal i. S.

Viel sparen

kann Jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

* Felsen-Hemd *

trägt. Bestes Trikot-Hemd, fast unzerreißbar, warm - nicht einlaufend

Brust- oder mittel groß ganz groß

Abschließung: M. 2,50 2,75 3,-

Hosen: 2,- 2,20 2,40

Vorhergesandte od. Nachn. v. 8 Stk. an franko. Alleinverkauf: Gustav Krödel, Zeitz.

Gelegenheitskäufe

zu Ausnahmepreisen:

30 Meter Ia. Brandentuch 80 cm breit, vorzügliche, weiß gebleichte Renforcé-Qualität, für M. 12.

30 Meter Brandentuch 70 cm breit, schwere Oberware, hant gewebt, waschecht, für M. 12.

Berand über ganz Deutschland franko unter Nachnahme.

Cuchausstellung Augsburg G. Wimpfheimer & Co.

Fuchschwänze, Stück M. 1,40, 1,50 u. 1,60,

Kleine Hobel, Stück M. 1,-,

beste Waare, liefert

Plementsch, München, Kapuzinerstr. 50.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Tischler, Tischler, Tischler.

Tischler-Fachschule Detmold Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

E. von den Steinen & Cie. Wald bei Solingen, No. 34. Stahlwaarenfabrik und Versandgeschäft. Taschenmesser, Rasirmesser, Scheeren, Tafelmesser, Gabeln - Löffel, Ia. Werkzeuge, Haushaltgeräte, Gartengeräte, Barometer, Thermometer, Fernrohre, Revolver, Flobergewahre, Glaserdiamanten, Photogr. Apparate, Spielwaaren, Telephone und Klingel-Apparate. Versand gegen Nachnahme. Daher alle Waarenbenütze ohne Risiko. Vorstehendes Taschenmesser No. 1500, sogen. Nicker, (schließt durch Druck auf die kleine Klinge) mit 2 Klingen und Korkzieher aus bestem Stahl, echt Hirschhornheft, fein Neusilberbeschlag, pro Stück M. 1,35, Etui dazu M. 0,25. Namen eingraviert in feiner Goldschrift 10 A extra. Schöne Gratiszugaben bei entsprechenden Bestellungen.



Anhaltische Städtehoch, vom Staate beaufsichtigte und subventionierte Lehranstalt. Bauschule Zerbst. Hochbautechnik u. Steinmetze. Reifeprüfungen, Regierungskommissar. Lehrpläne kostenfrei. Der Direktor: Opderbeke, Professor.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfärbungen, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, sarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelanschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da sähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“ Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Anstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck. Verlag: H. Böse, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Reibe in Hamburg.